

**136. Sitzung, Montag, 19. Dezember 2005, 14.30 Uhr**

Vorsitz: *Hans Peter Frei (SVP, Embrach)*

Verhandlungsgegenstände**8. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2006**

Antrag des Regierungsrates vom 27. September 2005
und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 24.

November 2005 **4283a** (*Fortsetzung der Beratungen*) ... Seite 9972

Verschiedenes

- Neujahrswünsche der Regierungspräsidentin..... Seite 10024
- Neujahrswünsche des Kantonsratspräsidenten..... Seite 10026
- Rücktrittserklärungen
 - *Rücktritt von Adrian Bergmann, Meilen, aus der Kommission zur Prüfung der Rechnung und des Geschäftsberichts der EKZ..... Seite 10025*
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse..... Seite 10027

Geschäftsordnung

Ratspräsident Hans Peter Frei: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

8. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2006

Antrag des Regierungsrates vom 27. September 2005 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 24. November 2005 **4283a** (*Fortsetzung der Beratungen*)

Ratspräsident Hans Peter Frei: Ich möchte den Voranschlag 2006, heutiges Traktandum 8, heute noch zu Ende beraten. Weitere Geschäfte werden wir heute keine mehr behandeln.

8 Baudirektion

Konto 8000, Generalsekretariat

Antrag 77a. *Minderheitsantrag Hansueli Züllig, Werner Bosshard, Theo Toggweiler, Ernst Züst (FIKO)*

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -51'423'100

neu: Fr. -49'920'600

Verbesserung: Fr. 1'502'500

Aufwandreduktion um 2% durch Effizienzsteigerung.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Das Präsidialjahr ist bald vorbei. Präsenz, Apéros und Kommunikation können wieder auf ein normales Mass zurückgefahren werden. Die Baudirektion wurde in den letzten Jahren reorganisiert und umgebaut, nicht nur zum Guten, sondern auch eher negativ, chaotisch oder für Aussenstehende unkoordiniert, die Notwendigkeit nicht ersichtlich oder einfach ein grosses Fragezeichen. «Familie Frei» heisst eine Erzählung in fünf Bänden von Sigmund Widmer. Aus einem Band nur drei Sätze: «Dem entsprach eine gemeinsame Verachtung des Parlamentes, also des Kantonsrates. Das Parlament betrachtete sie als ein bedauerliches Hindernis auf dem Weg zum Entwurf eines Projektes bis zu dessen Ausführung. Selbstverständlich gab es weder den Kantonsrat noch andere Instanzen, die man grundsätzlich als ärgerlich einstufte.» Das ist im Band 4 Seite 62. Es handelt sich hier um Vorzimmerdamen, wohlgemerkt.

Hierzu möchte ich zwei Fragen aufwerfen. Erstens: Die kantonalzürcherische Baudirektion, ein Familienbetrieb? Zweitens: Wer oder was führt die Baudirektion? Hier zeige ich Ihnen ein Buch, das ich für diese

Budgetdebatte gekauft und für zukünftige politische Diskussionen betreffend Bewertung und Besitz von Landerwerb, Liegenschaften et cetera, deren Einschätzungen und Wertschöpfungen ich gerne zu Rate ziehen werde. Dieser Wälzer hat mich gut und gerne 238 Franken gekostet, die er hoffentlich auch wert ist. Der Autor Kaspar F. (*Kaspar Fierz*), wohnhaft in Esslingen, verheiratet, zwei erwachsene Kinder, seit 1998 Dozent für Bewertungslehrer an der Fachschule für Immobilienschätzer der SVIT (*Schweizerischer Verband der Immobilienwirtschaft*). Der unmittelbare Zusammenhang zur Baudirektion steht schon im Vorwort zur fünften Auflage – das ist die fünfte Auflage –, datiert vom März 2005. Ich zitiere: «Angelegt wurde das erneute Buchvorhaben durch Herrn Otto Wipfli, Leiter der Abteilung Landerwerb bei der Baudirektion des Kantons Zürich, der die neue Lehre aufgenommen und in der vielfältigen Praxis einer grossen kantonalen Verwaltung umgesetzt hat.» Untersucht man den Inhalt genauer, trifft man nicht zufällig auf entsprechende Kapitel und Abschnitte betreffend die Lernsituation und oder Bewertungen im Zusammenhang mit dem Kanton und dem Flughafen Zürich. Beispiele untermauern die Ausgangslage für Planungs- und Kommunikationsdebakel erster Güte. Ich spreche an: RELIEF (*Raumentwicklungskonzept für die Flughafenregion und langfristige Infrastrukturentwicklung des Flughafens*), die PBG-Revision (*Planungs- und Baugesetz*) oder neuestens das Polizei- und Justizzentrum Zürich (*PJZ*). In den Kapiteln fünf und sieben trifft man auf dem Ursprung dieser Gedanken, zum Beispiel zu RELIEF. Ich zitiere ein letztes Mal: «Kommen zuvor ruhig gelegene Wohnliegenschaften neu unter einen Lärmteppich zu liegen, ist zu erwarten, dass deren Verkehrswert sinkt. Als Folge davon aber insbesondere, weil die Medien reisserisch davon berichten, kommt es zu selbsterfüllenden Prophezeiungen, das heisst, die Preise sinken, weil alle erwarten, dass die Preise sinken werden.» Vergleiche hierzu finden Sie bei Martina F. (*Martina Fierz*): «Der Verkehrswert von Liegenschaften aus rechtlicher Sicht – Zürcher Studien zum Privatrecht», Schulthess Juristische Medien AG, Zürich 2002.

Was hat dies mit dem Generalsekretariat der Baudirektion zu schaffen? Diese Frage stellt sich natürlich.

Erstens: Dieselben Kreise sind in Aus- und Weiterbildung des Personals der Baudirektion tätig und dies ist somit nicht besonders glücklich gewählt. Hier besteht also die Möglichkeit, einige Einsparungen zu erzielen.

Zweitens: Die Kommunikation war und ist, wie schon früher ausgeführt wurde, sehr oft kurzfristig und leider zu oft überflüssig, verwirrend oder nichts sagend. Auch hier besteht also die Möglichkeit, einige Einsparungen zu erzielen.

Drittens: Das Generalsekretariat verfügt über Rücklagen per 31. Dezember 2004 von 1'021'641 Franken. Auch diese könnten notfalls zur Zielerreichung dieses 2-Prozent-Antrages beitragen.

Nun liegt es an Ihnen, den Familienbetrieb F. oder die Baudirektion zu entschlacken, die Effizienz zu steigern und somit wieder auf den guten Weg zu bringen oder zumindest dazu beizutragen. Unterstützen Sie den SVP-Minderheitsantrag, denn wir sollten zum Wohl des ganzen Kantons Zürich entscheiden. Abschliessend: Der neu eingebrachte Antrag zum PJZ beim Konto Hochbau erscheint mir in diesem Zusammenhang auch äusserst sympathisch. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Unterstützen sie den Minderheitsantrag und kaufen Sie zu Weihnachten doch wieder mal ein Buch!

Thomas Hardegger (SP, Rümlang): Ich nehme nicht zum jetzt vorgebrachten Familiären Stellung, sondern ich rede zum Generalsekretariat und zum Antrag, so, wie er vorliegt. Der Antrag zeigt sehr deutlich, wie unseriös diese 2-Prozent-Rechnungen gemacht wurden. Im Generalsekretariat sind nämlich von diesen 75 Millionen Franken Aufwand – und auf diese 75 Millionen Franken Aufwand werden die 2 Prozent berechnet – mehr als die Hälfte durchlaufende Beträge, durchlaufende Beträge des Natur- und Heimatschutzfonds und des Strassenfonds. Da hat das Generalsekretariat überhaupt keinen Einfluss. Die werden in der Volkswirtschaftsdirektion bearbeitet und dort wird das Geld ausgegeben. Nimmt man jetzt diese Beträge weg, dann machen diese 1,5 Millionen Franken fast 5 Prozent des Aufwandes auf. Und wenn man diese 5 Prozent dann einsparen müsste, dann könnte das nur über Personalabbau geschehen. Das, was Sie als Effizienzsteigerung hier verlangen, ist genau das, dass Sie nachher die Leistungen als Bauherren zum Beispiel, als Auftraggeber, dann nicht mehr von der Baudirektion erwarten können. Es wird Verzögerungen geben bei den Baugesuchen, bei den Projektbearbeitungen. Der Support innerhalb der Verwaltung muss heruntergefahren werden. All das, was Sie eigentlich erwarten, dass die Baudirektion in Ihrem Interesse rasch und speditiv erfüllt, ist dann nicht mehr gewährleistet. Ein weiteres Risiko wird dann ausgelöst werden,

wenn die jetzt schon prekäre Situation, dass zum Beispiel bei gewissen Schlüsselpositionen keine Stellvertreter sein werden, dass diese Situation noch verschärft wird. Wenn dann Leute, die als Personen ein grosses Wissen haben, keine Stellvertreter haben, kann dies sehr grosse Folgen haben; ein grosses Risiko auch für die kantonale Verwaltung insgesamt!

Bitte lehnen Sie diesen Minderheitsantrag ab. Ich danke Ihnen.

Max F. Clerici (FDP, Horgen): Nach dieser verkappten Fraktionserklärung der SVP möchte ich Lorenz Habicher mitteilen, dass seine Anträge nicht besser werden, wenn sie unsere Baudirektorin Dorothee Fierz schlecht machen. Ich möchte ganz klar mitteilen, dass das nicht in eine Budgetdebatte gehört. Wir von der FDP-Fraktion beurteilen das Budget auf Grund der vorliegenden Fakten. Wir haben das gemacht und wir haben festgestellt, dass auf Grund der angespannten finanziellen Ressourcen Wünschbares und Notwendiges getrennt wird. Ich spreche einmal zu all den folgenden Anträgen.

Wir wünschen von der Baudirektion ein konstantes Investitionsvolumen und wir haben auch in dieser Hinsicht das Budget geprüft. Es entspricht unseren freisinnigen Vorgaben und wir werden allen einzelnen Minderheitsanträgen beziehungsweise Anträge auf Verschlechterung keine Folge leisten. Ich bitte Sie, dasselbe zu tun.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Hansueli Züllig wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 103 : 54 Stimmen ab.

Antrag 78a. *Peter Weber (KPB)*

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -51'423'100

neu: Fr. -51'523'100

Verschlechterung: Fr. 100'000

Verzicht auf MH06 Nr. 800'003: Keine Reduktion Vollzugsunterstützung Umwelt, da negative Auswirkungen auf die Gemeinden.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Dieser Antrag untersteht der Ausgabenbremse.

Matthias Gfeller (Grüne, Winterthur): Geschätzte Frau Baudirektorin, geschätzter Herr Finanzdirektor, ich bin froh, dass Sie beide hier anwesend sind. Sie werden noch merken, weshalb (*Heiterkeit*). Dieser Antrag um eine Budgetverschlechterung um 100'000 Franken kann nicht nur aus kantonaler Sicht beurteilt werden, sondern er muss auch aus Sicht der Gemeinden in diesem Kanton beurteilt werden. Ich stelle diesen Antrag im Namen der Grünen Fraktion ganz bewusst nochmals. Er wurde ja in der Kommission für Planung und Bau im Detail beraten. Ich stelle ihn und ich glaube, ich habe auch zwei gute Zeugen dafür. Der eine Zeuge ist Hans Glarner als oberster Gemeindepräsident in diesem Kanton. Wenn er klar sagt, er möchte nicht, dass im Kanton auf Kosten der Gemeinden gespart wird, und er werde sich mit allen Mitteln dagegen wehren, dann haben Sie eine Möglichkeit, Hans Glarner zu unterstützen und sich gegen diese Tendenz zu wehren, indem Sie unserem Antrag zustimmen. Denn hier geht es nicht um direkte finanzielle Beiträge an die Gemeinden. Aber es geht unter anderem auch um Unterstützungen im Sinne von Informationen, im Sinne einer Vereinheitlichung der kantonalen Praxis über alle Gemeinden im komplexen Vollzug unter anderem des Bau- und vor allem des Umweltwesens. Und da sind vor allem kleinere Gemeinden angewiesen darauf.

Der andere Zeuge, den ich hier anrufe, ist Daniel Klooz. Daniel Klooz macht Wegweisendes. Er hat das in Winterthur gemacht, als es um die Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien gegangen ist, und er macht es jetzt halt für den Kanton Bern. Solche Tätigkeiten sind im interkantonalen Vergleich im Kanton Zürich nicht gerade beispielhaft. Der Kanton Zürich könnte klar mehr machen. Wir müssen uns auch immer vor Augen halten, wie der Kanton Zürich in anderen Kantonen wahrgenommen wird. Ist es ein Kanton, der in der Nachhaltigkeitspolitik eben führend ist oder nicht. Deshalb rufe ich auch Daniel Klooz als heutigen bernischen Umweltkoordinator als zweiten Zeugen auf. Da wird sich Regierungsrat Hans Hollenstein ja gut auch an frühere Gemeinderatsdebatten erinnern können.

Also, wenn Ihnen wirklich ernst ist, dass wir nicht zu Lasten der Gemeinden sparen und dass wir eine einheitliche Politik vom Kanton auf

jede einzelne Gemeinde umsetzen können, und wenn Sie auch wollen, dass es nicht notwendig ist, dass alle Gemeinden zu Grossgemeinden fusionieren, damit sie solch komplexe Aufgaben auch wahrnehmen können. Da schaue ich bewusst auf die andere Seite hinüber. Es ist nicht unbedingt bei uns so, dass wir uns gegen Gemeindefusionen wehren. Aber wenn die Gemeinden gut unterstützt sein wollen vom Kanton her bei schwierigen Umweltaufgaben, dann bitte ich Sie, diese kleine Saldoverschlechterung von 100'000 Franken jetzt zu unterstützen. Sie können damit ein Zeichen setzen. Ich danke Ihnen.

Hans Frei (SVP, Regensdorf), Präsident der Kommission für Planung und Bau (KPB): Ich spreche für die Mehrheit der Kommission für Planung und Bau zu den in der Kommission gestellten Minderheitsanträgen. Zum ersten, den soeben Matthias Gfeller erläutert hat: Hier geht es um eine Reduktion der Vollzugsunterstützung Umweltschutz und da wurde speziell darauf hingewiesen, dass insbesondere auch die Gemeinden zu den Leidtragenden gehören. Dem ist aber nicht so, mindestens aus Sicht der Kommissionsmehrheit. Wir haben vor allem den Gemeinden mit neuen Auflagen, Vorschriften und Verfügungen nicht weitere Auflagen zu machen. Es gilt auch hier Zurückhaltung zu üben. Die Baudirektion hat ja auch bestätigt, dass sie letztlich auch die Druckerzeugnisse, die immer wieder im Umweltschutzbereich erstellt werden, reduziert werden sollen, und das ist sicher im Sinn, wie sich das bei der Mehrheit der Kommission präsentiert hat. Im Weiteren soll die externe Unterstützung reduziert werden. Auch hier ist es angezeigt, im heutigen finanziellen Umfeld hier Einsparungen zu tätigen und diese Massnahmen mit dem eigenen Personal umzusetzen. Dies gilt eben auch für die weiteren Minderheitsanträge. Hier wurde im Hochbauamt ebenfalls eine Reorganisation im Reinigungs- und Haushaltsdienst gefordert. Letztlich sind zusätzliche Mittel, die eingestellt werden, aus Sicht der Mehrheit der Kommission berechtigt eingesetzt, weil schlussendlich ein Projekt erarbeitet wird beziehungsweise Grundlagen erarbeitet werden, deren Wirksamkeit in den Jahren 2008/2009 zum Tragen kommen, und dort weit höhere Kosten eingespart werden können. Des Weiteren haben wir einen Antrag im Hochbauamt, und zwar erweckte dieser Antrag bei der Minderheit den Eindruck, als würden verschiedenen kantonalen Liegenschaften schon beim ersten Schnee die Dächer einstürzen. Auch dem ist nicht so, hier sind wir auch klar der

Meinung, dass die Massnahmen heute kritischer hinterfragt werden, externe Planungen letztlich mit Zurückhaltung eingesetzt werden. Das heisst mit anderen Worten, dass das eigene Personal auch hier die einmalige Chance erhält, letztlich diese Aufträge selber umzusetzen und an die Hand zu nehmen.

Ein letzter Antrag im ARV (*Amt für Raumordnung und Vermessung*) zielt darauf ab, den Budgetvoranschlagsbetrag um rund 100'000 Franken zu verschlechtern. Hier sind die Praktikantenstellen neu gestrichen worden. Da ist die Meinung der Kommissionsmehrheit, dass man sich letztlich auch hier auf das eigene Personal konzentriert. Hier erlaube ich mir doch die Anmerkung: Ob langfristig mit dem Abbau der kostengünstigsten Arbeitskräfte in der Baudirektion am richtigen Ort gespart wird, ist grundsätzlich in den nächsten Haushaltssanierungsmassnahmen ernsthaft zu hinterfragen.

Die Mehrheit der Kommission für Planung und Bau lehnt aber alle diese Minderheitsanträge ab.

Hans Heinrich Raths (SVP, Pfäffikon): Ich glaube, die Ausführungen von Matthais Gfeller bedürfen doch noch einer kleinen Korrektur. Sie haben da Hans Glarner vom Leitenden Ausschuss des Gemeindepräsidentenverbandes in den Zeugenstand gerufen – wahrscheinlich ohne Rücksprache. Sie kennen die Haltung von Hans Glarner ganz genau, wenn es um die Lastenverschiebungen geht. Er hat das angesprochen. Er hat ganz klar zum Ausdruck gebracht – und das ist die Meinung des Leitenden Ausschusses der Gemeindepräsidenten: Es ist nicht gespart, wenn der Kanton Lasten auf die Gemeinden überwälzt. Also das ist, glaube ich, eine ganz klare Haltung. Wir haben leider durch die Studie, die letztes Jahr erarbeitet wurde, dem Beweis, dass das passiert. Aber Matthias Gfeller, Sie haben praktisch jeden Montag die Gelegenheit, dafür zu sorgen, dass das eben nicht passiert. Ich denke das Beispiel IPSAS (*International Public Sector Accounting Standards*); da habe ich nicht gesehen, dass Sie dieses Gesetz, das neue CRG (*Gesetz über Controlling und Rechnungslegung*), das Auswirkungen auf die Gemeinden haben wird über kurz oder lang und damit auch eine Kostenfolge. Dort haben wir es in der Hand, die Weichen richtig zu stellen, indem wir nicht einfach Gesetze legislieren, die schlussendlich wieder zu mehr Bürokratie in den Gemeinden führen. Ich bitte Sie also, da einen Beitrag zu leisten, statt Hans Glarner für einen Antrag zu miss-

brauchen, den er nie unterschreiben würde; so gut kenne ich Hans Glarner. Vielen Dank.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Diese Abstimmung untersteht der Ausgabenbremse.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Peter Weber wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 84 : 70 Stimmen ab.

Konto 8100, Hochbau

Antrag 79a. *Minderheitsantrag Hansueli Züllig, Werner Bosshard, Theo Toggweiler, Ernst Züst (FIKO)*

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -38'471'946

neu: Fr. -36'773'346

Verbesserung: Fr. 1'698'600

Aufwandreduktion um 2% durch Effizienzsteigerung.

Bruno Grossmann (SVP, Wallisellen): Auch beim Hochbauamt beantragen wir eine Aufwandkürzung des Globalbudgets um 2 Prozent, was eine Verbesserung von rund 1,6 Millionen Franken bedeuten würde. Bei einem Aufwand von rund 85 Millionen Franken liegen die 2 Prozent im Unschärfbereich, auch wenn Sie das nicht wahrhaben wollen. Ein Beweis dafür sind die doch ansehnlichen Rücklagen von rund 1,815 Millionen Franken, die notabene in Folge guter Jahresabschlüsse zusammengekommen sind. Obwohl vom Totalaufwand von 85 Millionen Franken rund 21 Millionen Franken auf Zinsen und Abschreibungen entfallen, wird es möglich sein, diese Einsparungen von 2 Prozent zu realisieren. Eine effiziente Liegenschaftenbewirtschaftung spart Kosten; hier besteht immer noch Handlungsbedarf. Der Regierungsrat ist gefordert, hier effizienter zu werden. Ein 2-prozentiges Potenzial besteht ohne Zweifel auch im Aufgabenbereich Bauherrenvertretung,

Projektmanagement für Planung und Realisierung von Neu- und Umbauten.

Ich beantrage Ihnen, dem Minderheitsantrag zuzustimmen. Ich danke Ihnen.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Hansueli Züllig wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 98 : 53 Stimmen ab.

Antrag 80. *Minderheitsantrag Peter Weber, Gerhard Fischer (in Vertretung von Willy Furter), Thomas Hardegger, Roland Munz, Monika Spring, Eva Torp (KPB)*

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -38'471'946

neu: Fr. -40'471'946

Verschlechterung: Fr. 2'000'000

Mehr Investitionsmittel im mittelfristigen Bereich, um vermehrte Gebäudeschäden wegen immer weiter zurückgestellten Ausgaben für den Unterhalt zu vermeiden.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Dieser Antrag untersteht der Ausgabenbremse.

Peter Weber (Grüne, Wald): Im MH06 werden die Planungsleistungen Bau mit 3 Millionen Franken reduziert. Wir wissen es: weniger Geld, keine Planung, ergo weniger Sanierungen. Ich will deshalb für den mittelfristigen Unterhalt der kantonalen Bauten wenigstens 2 Millionen Franken für das Jahr 2006 zurückerobern. Lippenbekenntnisse wie «ganzheitliche Unterhaltsstrategie für die Bewirtschaftung der Sanierungsprojekte mit dem Ziel der langfristigen Werterhaltung» der rund 4000 staatlichen Bauten mit einem Wert von 75 Milliarden Franken nützen mir relativ wenig. Warum?

Im Hochbauamt richten sich einerseits die Entwicklungsschwerpunkte auf die verstärkte Steuerung der Schlüsselgeschäfte. Was sind Schlüs-

selgeschäfte?, fragten wir Mitglieder der Subkommission nach. Schlüsselgeschäfte seien unter anderem das PJZ, das Kasernenareal, das Toni-Areal, die Entwicklung des Hochschulquartiers, war die Antwort. Andererseits hat Baudirektorin Dorothee Fierz uns Mitglieder der Kommission für Planung und Bau im kommenden Jahr einen kurzen Einblick in die vom Hochbauamt praktizierte Unterhaltsstrategie angeboten. Ich danke und hoffe, dass wir bei dieser Gelegenheit ebenso über das Mitte 2006 zu eröffnende Immobilienamt näher aufgeklärt werden, denn wie wir aus der Presse entnehmen konnten, erhofft sich der Regierungsrat durch die Erschaffung dieses zukünftigen mit 85 Stellen besetzten Amtes ein effizienteres Immobilienmanagement. Dabei sollen jährliche Einsparungen von mehreren Millionen Franken erzielt werden. Diese Bemühungen anerkenne ich. Sie werden jedoch erst langfristig auf die Voranschlagszahlen, also ab 2010, positive Auswirkungen zeigen. Ein neues Geschäft, in diesem Fall ein neues Amt, muss sich erst mal einspielen und etablieren; das mit der Hoffnung, dass ein bereits angekündigtes drittes Sparpaket mit entsprechendem Sanierungsprogramm und harten Massnahmen nicht alle Bemühungen zunichte macht. Das hoffen wir!

Übrigens bin ich mit diesem Antrag «mehr Mittel für den mittelfristigen Unterhalt der kantonalen Hochbauten» hier und heute nicht bereit, konkrete Bauobjekte zu benennen, weil wir den globalen Überblick schlicht und einfach nicht haben. Zudem ist es problematisch, dass die Mittel für den Unterhalt der zirka 150 staatlichen Betriebsliegenschaften den Direktionen zugewiesen sind und wir über die Schnittstellen zwischen Hochbauamt und Fachdirektionen ebenso über keine Detailkenntnisse verfügen. Meine Bedenken und die Sorge über den mittelfristigen Unterhalt mit resultierenden Gebäudeschäden wegen den immer weiter zurückgestellten Ausgaben sind somit – wie jedes Jahr – angemeldet.

Stimmen Sie meinem Minderheitsantrag zu, denn der Steuerzahler profitiert langfristig davon, wenn kantonale Bauten mit mittelfristigem Bereich professionell unterhalten werden können. Das wissen Sie genau so wie ich – sogar besser. Ich spreche hierbei betont die gegenüber liegende Ratshälfte an. Ich danke Ihnen das im Namen der Bausubstanz des Kantons Zürich.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Diese Abstimmung untersteht der Ausgabenbremse.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Peter Weber wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 84 : 72 Stimmen ab.

Antrag 81. *Minderheitsantrag Monika Spring, Thomas Hardegger, Roland Munz, Eva Torp, Peter Weber (KPB)*

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -38'471'946

neu: Fr. -39'971'946

Verschlechterung: Fr. 1'500'000

Hälftiger Verzicht auf MH06 Nr. 810'001: Nur halbe Reduktion (ca. 5%) der strategischen Planungen und Dienstleistungsaufträge; hat unerwünscht konjunkturendämpfende Wirkung, da direkte Auswirkungen auf Investitionen.

Monika Spring (SP, Zürich): Im Massnahmenplan 06 sollen die strategischen Planungen und die Projektplanungen um 3 Millionen Franken zurückgefahren werden. Wenn Sie den Wirtschaftsaufschwung, diese zarte Pflanze, bremsen oder unterbinden wollen, dann müssen Sie dieser Massnahme zustimmen. Wenn Sie das nicht wollen, dann unterstützen Sie unseren Minderheitsantrag. Diese Massnahme betrifft nämlich ausschliesslich Dienstleistungen Dritter, das heisst Projektplanungen, Aufträge ans Gewerbe, an Architektinnen und Architekten und an Planerinnen und Planer. Wenn Sie diese Massnahme unterstützen, dann hat das nicht nur Auswirkungen aufs Gewerbe, sondern ohne Planungen können Sie auch keine Investitionen realisieren, das heisst, Sie bremsen auch das Baugewerbe. Ich bitte Sie, in dem Sinne unsere Massnahme auf hälftige – nur hälftige – Kürzung, also nur 1,5 Millionen Franken Verschlechterung statt 3 Millionen Franken, zuzustimmen. Ich danke.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Die Abstimmung untersteht der Ausgabenbremse.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Monika Spring wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 75 : 66 Stimmen ab.

Antrag 82a. *Minderheitsantrag Thomas Hardegger, Gerhard Fischer, Roland Munz, Monika Spring, Eva Torp, Peter Weber (KPB)*

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -38'471'946

neu: Fr. -38'321'946

Verbesserung: Fr. 150'000

Verzicht auf MH06 Nr. 810'002: Keine Auslagerung der Reinigung und keine Reduktion der Gebäudetechnik-Inspektion, dafür interne Reorganisation der Reinigung. Keine Kosten für Submission. Einsparungen durch Überprüfen/Reduktion der Qualitätsstandards.

Thomas Hardegger (SP, Rümlang): «Outsourcing ist out!», das schreibt das Tagesanzeiger-Magazin vom vorletzten Samstag. Bald wird alles, was beim Outsourcing Schaden genommen hat, zurück ins Unternehmen geholt. Auch dieses Jahr hat die «NZZ am Sonntag» berichtet über gewisse Grossunternehmen, die vor Jahren den Hausdienst ausgelagert haben und jetzt bereits wieder daran sind, das zurückzuholen. Deshalb, weil diese Auslagerung jetzt zuerst einmal Kosten verursacht, beantrage ich Ihnen eine Verbesserung des Budgets um 150'000 Franken. Diese Auslagerungseuphorie der letzten Jahre hat nachgelassen, nur hat es der Kanton Zürich noch nicht gemerkt. Und das, was die andern an Fehlern jetzt vorgemacht haben, macht der Kanton Zürich einfach mit zwei Jahren Verspätung auch. Und dann wird er auch folgerichtig in einigen Jahren dann mit einer Menge Mehrkosten das auch wieder zurückholen müssen. Man hat nämlich festgestellt, dass durch das Outsourcing gerade beim Hausdienst eben neue zusätzliche Kosten anfallen, zum Teil, weil sich das Personal nicht mehr mit der Arbeit und dem Gebäude, aber auch mit dem Auftraggeber identifiziert. Kleine Reparaturen unterbleiben, kleine Schäden werden gar nicht mehr gemeldet. Die werden dann immer grösser und kostenintensiver. Und das auswärtige Personal orientiert sich eben nur nach dem Soll der Vorgabe

und dieses Soll muss möglichst schnell abgearbeitet werden. Alles andere am Gebäude interessiert sie nicht. Es wird auch weitere Kosten verursachen, weil man neue Institute organisieren muss. Es gibt das Problem der vertraulichen Unterlagen zum Beispiel, die in der öffentlichen Verwaltung noch herumliegen können, das muss kontrolliert werden. So können mit solchen Auslagerungsübungen kaum Kosten gespart werden.

Wenn diese Leute, das Reinigungspersonal, durch den Kanton angestellt bleiben, dann können wir davon ausgehen, dass diese Leute auch zu vertretbaren Arbeitsbedingungen und Löhnen eingestellt sind. Es sind ja häufig Leute dort angestellt, die in ihren Familien für das Zweiteinkommen sorgen müssen, damit sie ein Einkommen haben, das bis Ende des Monats reicht. Andernfalls müssten einige dieser Leute dann auch wieder zusätzliche Leistungen beim Staat beantragen. So würde das Geld nicht eingespart. Es würde einfach über ein anderes Konto abgerechnet. Sie sehen, wir können nicht sparen damit und wenn wir dieser Saldoverbesserung hier zustimmen, haben wir ein besseres Budget für nächstes Jahr und sparen eine grosse Menge Folgekosten in den nächsten Jahren.

Unterstützen Sie bitte diesen Antrag. Ich danke Ihnen.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Thomas Hardegger wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 82 : 75 Stimmen ab.

Antrag Thomas Maier

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -38'471'946

neu: Fr. -28'471'946

Verbesserung: Fr. 10'000'000

Mehraufwand Planung Dritter für PJZ wird gestrichen.

Thomas Maier (GLP, Dübendorf): Die Grünliberalen halten an diesem Antrag fest, auch wenn letzte Woche die erhöhte Einlage in den Fonds

für den öffentlichen Verkehr abgelehnt wurde. Mit einem Ja zu diesem Antrag können Sie hier immer noch einen sehr wichtigen Beitrag zur Priorisierung unserer Investitionen leisten. Ich möchte jetzt nicht noch einmal alle Argumente wiederholen; ich habe dies letzte Woche in der Begründung zum damaligen Antrag getan. Ich möchte Sie nur noch einmal darauf hinweisen, dass wir uns in der momentanen Finanzsituation gerade im Bereich Investitionen nicht alles leisten können, was wir uns wünschen. Wir müssen trennen zwischen notwendig und wünschbar. Wir haben es letzte Woche gehört: Der Durchgangsbahnhof ist für unsere Infrastruktur und den Wirtschaftsstandort Zürich wie auch die Schweiz enorm wichtig. Beim PJZ sehen wir dies anders. Wir sind der Meinung, dass dies nicht so ist. Und ich möchte Sie noch einmal darauf hinweisen: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Wir wollen nicht das PJZ nicht bauen, wir wollen nur die Prioritäten verschieben und bitten Sie daher den Mut zu haben, diese Prioritäten bei den Investitionen zu setzen und diesem Antrag zuzustimmen. Danke.

Abstimmung

Der Antrag von Thomas Maier wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag Thomas Maier mit 82 : 76 Stimmen ab.

Konto 8300, Raumordnung und Vermessung

Antrag 83a. *Minderheitsantrag Hansueli Züllig, Werner Bosshard, Theo Toggweiler, Ernst Züst (FIKO)*

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -19'507'800

neu: Fr. -19'017'300

Verbesserung: Fr. 490'500

Aufwandreduktion um 2% durch Effizienzsteigerung.

Adrian Bergmann (SVP, Meilen): Es ist unglaublich: Selbst minimale 2-Prozent-Verbesserungsanträge finden im Parlament des Wirtschaftskantons Zürich keine Mehrheit. In den letzten zehn Jahren hat sich der Haushalt gegen unseren Willen in einem Ausmass verschlechtert, wel-

ches nicht mehr tragbar ist. Seit sechseinhalb Jahren bin ich nun in diesem Rat. Fast durchs Band weg haben wir sehr konsequent zu allen Vorstössen, welche den Staatsapparat und die Regulierung aufblähen, Nein, Nein und nochmals Nein zu steigenden Ausgaben gesagt! Nun haben wir diese 2-Prozent-Anträge und wir hören, «Ihr müsst konkrete Reduktionsvorschläge bringen!». Es ist ja schon erstaunlich, wenn man uns nun entgegenstellen will, wir müssten konkret werden. Wo waren Sie denn, liebe Kolleginnen und Kollegen der Ja-Sager-Parteien, in diesen sechseinhalb Jahren, als wir uns immer sehr konkret diesen Begehrlichkeiten entgegenstellten? Können Sie sich an Ihre Zusagen nicht mehr erinnern? Ich erinnere Sie gerne nochmals: Die steil wachsende Ausgabenkurve ist genau das Resultat dieser Ja-Sager-Politik, der Politik der Begehrlichkeiten, zu welcher die Mehrheit in diesem Rat immer wieder Ja gesagt hat und noch heute Ja sagt. Für den neutralen Beobachter ist es grotesk, wie unsere 2-Prozent-Anträge ohne spürbar erkennbaren Willen, auch nur einmal nachzudenken, pauschal verworfen werden. Ich meine es ernst und bitte den Rat, auf einen Pfad der finanzpolitischen Tugend einzuschwenken und unsere moderaten 2-Prozent-Kürzungen ab jetzt zu unterstützen. (*Applaus auf der rechten Ratsseite.*)

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Hansueli Züllig wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 102 : 58 Stimmen ab.

Antrag 84a. *Minderheitsantrag Roland Munz, Gerhard Fischer (in Vertretung von Willy Furter), Thomas Hardegger, Monika Spring, Eva Torp, Peter Weber (KPB)*

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -19'507'800

neu: Fr. -19'607'800

Verschlechterung: Fr. 100'000

Verzicht auf MH06 Nr. 830'001: Keine Streichung der PraktikantInnen-Arbeitsplätze, sondern Verdoppelung der betreffenden P-Plätze von 1 bis 2 auf 3 bis 4 Stellen.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Dieser Minderheitsantrag untersteht der Ausgabenbremse.

Roland Munz (SP, Zürich): Vielen Dank für den Vorschussapplaus auch an Alfred Heer. Das ARV ist ein kleines Amt, das grosse Arbeit leistet – nicht zuletzt für ein recht anspruchsvolles Parlament. Mit unserem Antrag, die Praktikumsplätze im ARV nicht zu streichen, sondern um einen bis zwei Praktikumsplätze zu ergänzen, wollen wir, dass im ARV anfallende Arbeiten auch künftig erledigt werden können. Schon heute muss im ARV Nacht- und Wochenendarbeit geleistet werden, um die anfallenden Arbeiten im Rahmen der Revision des Verkehrsrichtplans beispielsweise ausführen zu können. Diese Arbeiten werden im Jahr 2006 andauern und dann werden zu allen übrigen auch zusätzlich noch Aufgaben im Zusammenhang mit der Kommissionsarbeit am neuen Planungs- und Baugesetz hinzukommen. Völlig quer in der Landschaft läge es da, die Praktikumsplätze in dieser Situation einfach so zu streichen. Wer Einblick hat, unter welchen Bedingungen heute im ARV die Arbeit geleistet wird, muss zum Schluss kommen, dass die Praktikumsstellen erhöht statt gestrichen werden müssen. Selbstverständlich können nicht alle spezialisierten Aufgaben von Praktikantinnen und Praktikanten erledigt werden. Im ARV fallen aber – wie überall auch – Tätigkeiten an, die sehr gut von weniger hoch qualifiziertem Personal erledigt werden könnten, die aber gegenwärtig Spezialistinnen und Spezialisten absorbieren. Dies ist nicht effizient. Praktika schaffen die Möglichkeit, genau diese Spezialisten zu entlasten und ihnen den nötigen Raum zu verschaffen, um weiterhin qualitativ hochwertige Arbeit, ohne teure Überzeit zu produzieren. Die Praktikumsstellen kosten 2006 zwar etwas, sie entlasten aber die Spezialisten, wodurch absehbar teure Überstunden abgebaut werden können.

Wir wollen aber nicht nur, dass bestellte Arbeiten effizient erledigt werden können und das Fachpersonal gezielter zur Erledigung ihrer fachspezifischen Tätigkeit eingesetzt werden kann, wir wollen auch, dass der Bildungsstandort Zürich gestärkt oder zumindest nicht weiter geschwächt wird. Es ist eine bekannte Tatsache, meine anwesenden Damen und Herren, dass angehende Fachkräfte grosse Mühe haben, für ihre Ausbildung benötigte Praktikumsstellen zu finden. Wenn nun aber ausgerechnet der Kanton Zürich keine solchen Praktika mehr anböte,

obwohl er es könnte und obwohl es absolut Sinn machen würde, würde unser Kanton ein fatales Signal aussenden. Schliesslich sind wir der Überzeugung, dass im ARV erbrachte Dienste den Auftraggebenden häufiger weiterverrechnet werden können. Dank Praktikumsstellen kann im Amt gesamthaft effizienter gearbeitet werden; Praktika kosten nicht nur Geld, sie ermöglichen es auch, mehr und qualitativ hochwertigere Leistungen zu erbringen. Aus all diesen Gründen sind wir der Überzeugung, dass dank Praktika sich auch Einkünfte erwirtschaften liessen.

Ich bitte Sie daher im Namen des Bildungsstandortes, im Namen der Qualität – nicht zuletzt dieses Parlamentes – dringendst, die Praktikumsstellen nicht zu streichen, sondern um die gewünschten ein bis zwei Stellen zu erhöhen. Herzlichen Dank.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Diese Abstimmung untersteht der Ausgabenbremse.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Roland Munz wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 90 : 71 Stimmen ab.

Konto 8400, Tiefbau

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8500, Avel

Antrag 85-1.

Saldo Laufende Rechnung

Mehrheit FIKO: Gemäss Antrag des Regierungsrates

Minderheitsantrag Hanspeter Haug, Hans Badertscher, Rita Bernoulli, Ernst Brunner, Reto Cavegn, Lorenz Habicher, Luzius Rüegg (KEVU): Entspricht Antrag Regierungsrat und Mehrheit FIKO.

Antrag 85-2.

Saldo Laufende Rechnung

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -70'400'700

neu: Fr. -71'200'700

Verschlechterung: Fr. 800'000

Mehrheit KEVU: Antrag zum Leistungsindikator 20 «Überprüfung Altlasten-Verdachtsflächen». Mit dem Antrag könnte die Überführung bis 2010 (statt 2012) erfolgen, und der Bund würde dem Kanton Zürich an die zusätzlichen 400 Flächen 200'000 Franken bezahlen.

Minderheitsantrag Natalie Vieli, Stefan Feldmann, Julia Gerber Rüegg, Erika Ziltener (FIKO): Entspricht Mehrheitsantrag KEVU

Sabine Ziegler (SP, Zürich), Präsidentin der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Während des Jahres haben Sie mit der KEVU, viel mehr mit Infrastrukturfragen zu tun, seien es Luft, Bahn oder Strasse. Jährlich sind wir aber mit dem Voranschlag, mit einem anderen Thema konfrontiert. Hier geht es um den Altlastenverdachtsflächenkataster, besser gesagt, um die Überführung in den Kataster der belasteten Standorte. Auch das Wissen, was am Standort ist, ist ein wesentlicher Faktor für die Bautätigkeit, für die Investition, aber auch für die Umwelt im Kanton. Die KEVU beschäftigt sich jährlich im Rahmen des Voranschlags mit dem Fortschreiten dieses Katasters. Was aber sehr tragisch ist und was wir nicht verantworten dürfen, ist, dass wir schon seit zwei Jahren diesen Kataster hätten abgeschlossen haben sollen. Dies ist nicht der Fall. Wir wissen, dass im Rahmen des Sanierungsprogramms die Aufgaben des AWEL konzentriert worden sind und hier eine Gruppierung, eine so genannte Dezenniumsgruppe gebildet worden ist, die sich spezifisch mit der Überführung der Altlastenverdachtsflächen in den Kataster der belasteten Standorte beschäftigt. Es ist interessant – und das haben wir jetzt auch gesehen –, dass es mit der Planung jetzt wirklich gut vorwärts geht, aber viel, viel zu spät. Wir dürfen es nicht mehr verantworten; die Kommission ist auch dieser Meinung.

Mit diesem Antrag stellt die Mehrheit der Kommission keinen exotischen Antrag, ganz im Gegenteil: Mit der Planung, mit der Überfüh-

rung dieser Standorte, die auch für die Bautätigkeit und, denke ich, schliesslich auch für den Wirtschaftswachstum zentral ist, werden wir eine Sicherheit ermöglichen können. Heute liegt die Planung so, dass der Kataster im Jahr 2012, also neun Jahre zu spät, abgegeben wird. Mit dem vorliegenden Antrag, einem Antrag mit einer Erhöhung von 800'000 Franken eine Verbesserung zu erzielen, wird der Kataster im Jahr 2010 abgeschlossen, also sieben Jahre zu spät. Aber grundsätzlich ist es schon heute spannend im Vergleich zu anderen Jahren. Wir haben noch eine interessante Anschubsfinanzierung vom Bund. Im Moment kostet eine Überführung eines Standortes 2500 Franken und es würde dem Kanton pro Standort, der bis 2006 abgeschlossen ist, 500 Franken gegeben. Also: Es ist eine Arbeit, die sowieso geleistet werden muss, und wenn wir das beschleunigen können, sozusagen um 20 Prozent günstiger bekommen, wieso nicht auf dieses Angebot einsteigen? Es macht Sinn. Nach sorgfältiger Prüfung findet die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt das sinnvoll. Sie will, dass durch die neue Restrukturierung des AWEL gerade in diesem Bereich effizient gearbeitet wird, dass durch diese Effizienzsteigerung der Kataster bis 2010 statt 2012 abgeschlossen sein wird. Das heisst nicht, zusätzliche Stellen zu bewilligen, sondern es werden alle Aufträge an Dritte und an sehr gute Partner, die schon heute teilweise mit der Baudirektion im Bereich der Altlasten arbeiten. Die Arbeit kann also rasch, effizient und zielführend gemacht werden.

Ich bitte den Rat, dem Vorschlag der Mehrheit der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt zu folgen.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Da der Mehrheitsantrag der KEVU eine Verschlechterung von 800'000 Franken beinhaltet, untersteht er der Ausgabenbremse.

Natalie Vieli-Plutzer (Grüne, Zürich): Eine Minderheit der FIKO unterstützt den Mehrheitsantrag der vorberatenden Kommission. Dieser Antrag ist nicht nur ökologisch bedeutsam – darauf geht Jürg Stünzi noch ein –, sondern auch ökonomisch sinnvoll. Mit den zusätzlich beantragten 800'000 Franken könnte die Überführung der Altlasten bereits 2010 vollendet sein, statt erst 2012. Dies sind zwei wertvolle Jahre, denn damit wäre es möglich, 400 Fälle pro Jahr mehr zu überprüfen. Das Anreizprogramm des Bundes würde dabei 200'000 Franken bei-

steuern. Die Überführung muss, wie Sabine Ziegler vorher ausgeführt hat, ohnehin erfolgen – früher oder später. Beschleunigen wir den Prozess um zwei Jahre oder 400 Fälle und sprechen bereits jetzt die 800'000 Franken, so resultiert für den Kanton Zürich per Saldo für die ganze Übung ein Ertrag von 200'000 Franken, das heisst, er spart dieses Geld.

Diese Beschleunigung ist aber nicht nur für den Kanton bedeutsam, denn damit wird auch bereits zwei Jahre früher die Rechtssicherheit über die Verdachtsflächen erreicht, was bei Handänderungsgeschäften für Käufer und Verkäufer von Liegenschaften und Grundstücken von grosser Bedeutung ist. Mit ihnen sind aber auch Kreditgeber, sprich: die Banken – daran interessiert, dass die Klärung der Verdachtsflächen möglichst rasch erfolgt. Nutzniesser sind ganz klar jene Grundstückseigentümer, deren Flächen fälschlicherweise mit einem Verdacht belastet sind und deren Einträge dank diesem Antrag schneller verifiziert werden können. Denn ein Verdacht wirkt sich nicht nur auf den Verkaufspreis, sondern auch auf die Zinskonditionen negativ aus. Ich bitte Sie, diesen Minderheitsantrag der FIKO wie schon die Mehrheit der vorberatenden Kommission zu unterstützen.

Hanspeter Haug (SVP, Weiningen): Wir beantragen Ihnen unseren Minderheitsantrag, der dem Antrag des Regierungsrates und der Mehrheit der FIKO entspricht, zu unterstützen. Die Altlastenverdachtsflächenüberprüfung soll bis ins Jahr 2012 abgeschlossen sein. Von den 13'000 zu überprüfenden Standorten sind bis Ende 2005 knapp 4400 überprüft. Der Projektaufwand beträgt 34 Millionen Franken. Die entsprechenden Vorkehrungen, das heisst das Engagement des externen Ingenieurbüros sowie der eigenen Ressourcen, sprich Dezenniumsgruppe, wurden auf diesen Zeitplan ausgelegt. Die entsprechenden Kosten wurden im Voranschlag eingestellt. Eine Komprimierung der Überprüfung der Verdachtsflächen um zwei Jahre auf 2010 statt 2012 würde eine Neuorganisation des gesamten Ablaufes bedingen, was angesichts der Komplexität dieser Standortüberprüfung und Zuordnung in die Kategorien innerhalb des Katasters der belasteten Standorte nicht sinnvoll ist. Im Weiteren bringt diese Massnahme eine Verschlechterung des Budgets um 800'000 Franken. Selbst wenn der Ständerat in einem Anreizprogramm beschliesst, die bis zum 1. Juli 2007 überführten Flächen mit 500 Franken pro Standort zu entschädigen, bliebe unter

dem Strich eine Verschlechterung von 600'000 Franken. Die SVP lehnt diese Verschlechterung ab.

Ein Wort noch zu den Ablagerungsstandorten. Nach damaligem geltendem Recht und in Ermangelung heutiger Techniken zur Materialentsorgung und Abfallbeseitigung und wider besseres Wissen der Verantwortlichen wurde vielerorts Material deponiert. Heute hat das Pendel in die andere Extreme ausgeschlagen und es wurde ein Stein ins Rollen gebracht, dessen finanzielle Auswirkungen überhaupt nicht absehbar sind. Ich erwähne hier die Kehrichtdeponie der Stadt Zürich im Hardwald im Gebiet der Gemeinden Unterengstringen und Weiningen. Der Deponiekörper mit einem Volumen von 2,4 Millionen Kubikmetern tritt heute als bewaldeter Hügel in Erscheinung. Wenn dieser Ablagerungsstandort saniert werden muss, wird das eine gröbere Übung geben und der Säckelmeister der Stadt Zürich wird nicht darum herum kommen, sein letztes Münz zu zählen, und dies im wahrsten Sinne des Wortes, zumal hier der Verursacher bekannt ist und die Holzkorporation Weiningen als Grundeigentümerin den Deponieraum der Stadt Zürich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat. Den ursprünglichen Zeitplan bis 2012 beizubehalten, kann auch Einsichten bringen, vorgesehene Massnahmen in einem neuen Lichte zu sehen. Unterstützen Sie den Minderheitsantrag von FDP und SVP und somit auch den Antrag der Regierung und der Mehrheit der FIKO! Ich danke Ihnen.

Jürg Stünzi (Grüne, Küssnacht): Altlasten sind ein Problem, das gestern verursacht wurde und heute bewältigt werden muss. In den Achtzigerjahren wurde das Problem erkannt. Im Leitbild «Schweizerische Abfallwirtschaft 1986» wurde das Ziel formuliert, diese Probleme innerhalb unserer Generation zu lösen. Der Kanton Zürich ist dann vorangegangen und hat mit seinem Altlastenverdachtsflächenkataster anfangs der Neunzigerjahre die Aufgabe angepackt. Erst zehn Jahre später hat der Bund festgelegt, wie er den Altlastenkataster wirklich will. Da viele Kantone nicht vorwärts machten, hat der Bund nicht nur eine Vorgabe, sondern auch einen Anreiz geschaffen, damit die Kantone diese Hausaufgabe endlich abarbeiten. Wir wollen nicht nur diesen Anreiz noch möglichst ausnutzen, sondern vor allem die Effekte einer unverzögerten Altlastenbewältigung aufzeigen. Einerseits, wie Natalie Vieli schon gesagt hat, bezüglich Investitions- und Rechtssicherheit, andererseits natürlich auch bezogen auf die Umwelt.

Zum Ersten, zur Investitionssicherheit. Ein Kanton, der seine Altlastensituation aufgearbeitet hat, erringt sich dadurch einen eindeutigen Standortvorteil. Fragen Sie doch die Fachleute der Immobilienpromotion, fragen Sie die Fachleute der Investoren oder bei den Kreditinstitutionen!

Als Zweites natürlich auch die Umwelt: Selbstverständlich ist jede festgestellte Altlast, also jeder bekannte Standort, von dem effektiv und nachweislich eine unzulässige Umweltbelastung ausgeht, so rasch wie möglich zu sanieren. Glücklicherweise sind es nur relativ wenige Fälle, bei denen wirklich eine massgebliche Umweltbelastung vorliegt. Je rascher wir diese Fälle sanieren, die Freisetzung von schädlichen Stoffen stoppen, desto wirkungsvoller handeln wir im Sinne des Grundwasserschutzes und der Vorsorge für unsere Trinkwasserversorgung.

Dieser massvolle Budgetantrag spart mittel- und langfristig viel Geld. Unterstützen Sie ihn!

Esther Arnet (SP, Dietikon): Es handelt sich hier um ein gutes Beispiel, um aufzuzeigen, wie Sparprogramme kontraproduktiv sein können. Es ist völlig unbestritten – unbestritten von allen –, dass die Überführung des Altlastenverdachtsflächenkatasters in den Kataster der belasteten Standorte vorgenommen werden muss. Das ist eine Vorgabe des Bundes, das haben wir alle akzeptiert, das wissen wir alle. Ob man das gern oder nicht so gern macht, spielt hier keine Rolle. Jürg Stünzi und auch wir sind überzeugt, dass das richtig ist; Sie sind es vielleicht weniger. Wir müssen das tun, das ist unbestritten. Und nun bezahlt der Bund 500 Franken pro Fläche. Das sind etwa 20 Prozent des Aufwandes, der dem Kanton entsteht. Und diese 400 Flächen – das sind nicht sehr viele –, diese 400 Flächen können in den bestehenden Strukturen zusätzlich abgeklärt werden und das gibt Beiträge von 200'000 Franken. Wenn Sie diesen Antrag ablehnen, verteuern Sie den Aufwand des Kantons um diese 200'000 Franken ohne Not. Sie machen einfach unsere Leistungen, die wir sowieso erbringen müssen, um diese 200'000 Franken teurer. Man könnte nun sagen, «das ist nicht so viel», aber ich muss Ihnen sagen: Hätten Sie früher auf uns gehört – wir bringen diesen Antrag nämlich jedes Jahr –, wären es unterdessen bereits 3,75 Millionen Franken, und das tut mir noch viel mehr weh.

Wenn Sie jetzt wenigstens diesen kleinen Beitrag leisten wollen, stimmen Sie dem Mehrheitsantrag der KEVU zu. Aber eigentlich wäre es besser, Sie würden früher auf uns hören.

Ernst Brunner (SVP, Illnau-Effretikon): Sie haben es soeben gemerkt, bei diesem Antrag handelt es sich um ein Steckenpferd von unserer Ratskollegin Esther Arnet. In früheren Jahren ist dieser Antrag jeweils Minderheitsantrag geblieben, weil damals die KEVU personell glücklicher zusammengestellt war, als sie heute ist. (*Heiterkeit auf der rechten Ratsseite.*) Wenn wir schon wieder einmal über das Thema sprechen, möchte ich wieder einmal darauf hinweisen, dass wir hier vor allem auch darunter leiden, dass das AWEL zu einem Zeitpunkt, als vom Bund her noch nicht klar war, welche Anforderungen an diesen Altlastenverdachtsflächenkataster gestellt werden müssen, die überzähligen Leute, die dort den Lohn bezogen, ins Land hinaus geschickt hat, um zu schauen, wo man irgendwo etwas aufschreiben könnte. An dieser Tatsache, diesen Riesenhaufen von ungefähr 13'000 Verdachtsflächen zu überführen und zu prüfen, bevor man sie überführt, an diesem Missstand leiden wir heute noch. Wir sind aber ganz klar der Meinung, dass das Programm, das das AWEL aufgestellt hat, genügend ist, dass wir da überhaupt keine beförderlichen Massnahmen treffen müssen, im Gegenteil: Es würde auch genügen, wenn wir an dieser Übung zwei Jahre länger hätten. Der Kanton Zürich würde auch nicht «umstehen». Ich bitte Sie, diesen jetzt zu meinem grossen Leidwesen als Mehrheitsantrag daherkommenden Antrag abzulehnen.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Esther Arnet, ob der Bund bezahlt, ist noch offen. Hanspeter Haug hat das richtig erwähnt, es ist ein ausstehender Ständeratsentscheid. Ob irgendetwas kommt, wissen wir noch nicht. Zudem: Auch Bundesgelder sind Steuergelder! Sie werden also auch vom Kanton Zürich bezahlt und kommen via Bern wieder zurück – oder eben nicht. Zudem, Sabine Ziegler: Tragisch ist nur, dass der Bund selbst seine Aufgabe noch nicht abgeschlossen hat. Er kann also nicht gegen den Kanton vorgehen, weil er selbst in Verzug ist, vor allem bei den SBB. Der Kanton hat Hyperaktivität bei der Erfassung dieser Standorte gezeigt. Es wurden Verdachtsflächen – Ernst Brunner hat das richtig gesagt – aufgenommen, wenn ein Verkehrsunfall stattgefunden hat. Nun soll er auf Wunsch der Linken und der Grünen auch Hy-

peraktivität bei der Bearbeitung dieser Fläche zeigen. Dies ist falsch, weil die Priorität im AWEL zurzeit richtig gesetzt ist, Wo Bautätigkeiten bestehen oder zu erwarten sind, wird abgeklärt. Der Rest kann ruhen, ist also nicht prioritär. Und wenn nicht gebaut wird, stört es nicht, wenn es 2012 wird. Zudem sind die gleichen Leute, die Hyperaktivität bei der Erfassung gezeigt haben, nun als Dritte in einer Parallelorganisation ausgelagert, nennen sich Dezenniumsgruppe und können nun die Hyperaktivität bei der Bearbeitung der Standorte wieder einfließen lassen. Sie sehen, wir drehen uns im Kreis. Dieser Antrag ist nicht nötig. Er ist falsch.

Ich bitte Sie, die KEVU-Minderheit und die FIKO-Mehrheit zu unterstützen.

Ueli Keller (SP, Zürich): Was da Lorenz Habicher zum Besten gegeben hat, trifft natürlich nicht zu. Nicht nur, wenn nicht gebaut wird, ist es uninteressant, bis ins Jahr 2012 zu warten. Vielleicht wird ja vorher irgendwo ein Grundstück verkauft und der Käufer oder der Verkäufer hätte ein brennendes Interesse daran, zu wissen, wie die Sache denn tatsächlich aussieht. Wenn Sie den Grundstückhandel tatsächlich behindern wollen durch ein zögerliches Vorgehen in dieser Sache, dann müssen Sie diesen Antrag von uns ablehnen. Andernfalls, denke ich, gäbe es ein ernsthaftes Interesse, ihn zu unterstützen.

Sabine Ziegler (SP, Zürich), Präsidentin der KEVU, spricht zum zweiten Mal: Ich möchte zwei Punkte klarstellen. Einerseits wurde gesagt, dass – Zitat – «die Komprimierung eine Neuorganisation brauchen würde». Dies stimmt nicht. Gerade mit der Anzahl dieser 400 zusätzlichen Standorte, die wir durch den Antrag der Mehrheit der KEVU im nächsten Jahr überführen wollen, wird die Struktur gerade durch die Restrukturierung des AWEL, des Controllings, der Qualitätssicherung und des Monitorings aufrechterhalten. Es braucht keine Neuorganisation. Hauptsächlich – und das ist auch sehr sinnvoll – ist mit externen Partnern zu arbeiten, weil es im Folgejahr 2007 wieder zurückgefahren werden könnte auf den Stand der jährlichen Bearbeitung, wie er im letzten Jahr war.

Es wurde auch noch gesagt – und des stimmt –, dass der Ständeratsbeschluss noch nicht vorliegt. Es ist aber so, dass positive Signale aus der vorberatenden Kommission vorliegen, dass das Anreizprogramm auch

da ist. Zweitens wäre es sehr sinnvoll und auch richtig, wenn der grösste Standort, sprich: der Kanton Zürich, in diesem Bereich ein Signal setzt und eigentlich zuversichtlich und auch zukunftsgerichtet denkt, damit gerade auch dieses Anreizsystem auch wirklich positiv über die Runden kommt.

Hanspeter Haug (SVP, Weiningen) spricht zum zweiten Mal: Liebe Sabine Ziegler, wenn ich in diesem Rat jeweils etwas sage, dann bin ich der Meinung, ich habe vorher die Fakten gut abgeklärt. Und meine Aussage stammt von Jürg Suter, Chef AWEL, vom letzten Donnerstag. Er hat mir gesagt: «Wenn wir komprimieren, müssten wir neu organisieren.» Dies nur dazu.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Der Mehrheitsantrag der KEVU untersteht der Ausgabenbremse.

Abstimmung

Der Antrag 85-1 der FIKO-Mehrheit, des Regierungsrates und der KEVU-Minderheit wird dem Antrag 85-2 der KEVU-Mehrheit und der FIKO-Minderheit gegenübergestellt. Der Kantonsrat gibt dem Antrag 85-1 der FIKO-Mehrheit mit 96 : 75 Stimmen den Vorzug.

Antrag 86a. *Minderheitsantrag Ernst Brunner, Hans Badertscher, Lorenz Habicher, Hanspeter Haug, Luzius Rüegg (KEVU)*

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -70'400'700

neu: Fr. -68'633'000

Verbesserung: Fr. 1'767'700

Aufwandreduktion um 2% durch Effizienzsteigerung.

Ernst Brunner (SVP, Illnau-Effretikon): Ich erlaube mir, Ihnen auch hier einen Antrag auf eine 2-prozentige Kürzung des Aufwandes zu stellen. Das AWEL hat eine grosse Restrukturierung hinter sich. Da sind verschiedene Aufwände gestrichen, verschiedene Aufwendungen

aber auch in andere Ämter verschoben worden. Nachdem die ganze Sache nun einigermaßen läuft, scheint es uns erneut angebracht, zu überprüfen, ob die Aufgaben, die vom AWEL wahrgenommen werden oder von denen man glaubt, dass das AWEL sie wahrnehmen müsse, wirklich weiterhin bestehen sollen. Um einen kleinen Tipp zu geben, wo man mit dieser 2-Prozent-Sparerei anfangen könnte: Da, denke ich, müsste man einmal in jener Abteilung nachschauen, wo man Zeit hat, um die Gartencheminees zu überprüfen und zu überprüfen, ob da zu viel Dreck in die Welt hinauskommt oder nicht. Ich denke, jene Leute, die dort intensiv gearbeitet haben, haben an etwas gearbeitet, das völlig unnötig ist. Und so lange es solche Leute in einem Amt hat, kann man diese ruhig entlassen; man richtet keinen Schaden an. (*Heiterkeit auf der rechten Ratsseite.*)

Im Weiteren, denke ich, das könnte auch das Gegenteil machen dessen, was wir schon hindiskutiert haben: Man könnte das jährliche Budget entlasten – nicht die Gesamtkosten, aber das jährliche Budget –, wenn wir nicht so vergiftet dahinter gehen würden, den Altlastenverdachtskataster – ein ausgesprochen schwieriges Wort –, diesen Kataster bis ins Jahr 2014 oder 2015 hinauszuschieben. Das würde den Kanton Zürich nicht umstehen lassen, aber auch da wäre unserer Ansicht nach absolut Sparpotenzial vorhanden. Und wenn Sie nur diese zwei Beispiele sehen in diesem doch recht grossen Amt, so müssen Sie ganz klar einsehen: Mit 2 Prozent ist da wahrscheinlich noch viel zu wenig gefordert.

Ich bitte Sie, unseren Minderheitsantrag zu unterstützen.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Ernst Brunner wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 107 : 54 Stimmen ab.

Antrag 87a. *Minderheitsantrag Jürg Stünzi (KEVU)*

Steuerfuss 100%

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -70'400'700

neu: Fr. -70'900'700

Verschlechterung: Fr. 500'000

Antrag zum Leistungsindikator 10 «Sicherstellen von einwandfreiem Trinkwasser, Verbesserung der Luftqualität/Minimierung der Belastung durch Abfälle»

Ratspräsident Hans Peter Frei: Dieser Minderheitsantrag untersteht der Ausgabenbremse.

Jürg Stünzi (Grüne, Küssnacht): Der Kanton hat die Aufgabe, die Gewässerschutzgesetzgebung zu vollziehen. Diese Aufgabe liegt bei der Baudirektion, beim AWEL, dem Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft. Der entsprechende Leistungsindikator heisst «Sicherstellung von einwandfreiem Trinkwasser, Verbesserung der Luftqualität/Minimierung der Belastung durch Abfälle». Der Massnahmenplan 06 sieht nun eine Kürzung dieser Aufgabenbewältigung um 500'000 Franken vor. Durch das Vorenthalten der nötigen Mittel wird die Bearbeitung der regionalen Massnahmenpläne verzögert. Insbesondere können keine Aufträge an externe Fachleute mehr vergeben werden. Dies führt dazu, dass die konzeptionellen Grundlagen für die mittelfristigen planerischen Erfordernisse nicht zeitgerecht vorliegen werden. Man wird also nicht zeitgerecht Auskunft geben können, wo und welche Massnahmen zum Grundwasserschutz zur Verbesserung der Gewässerqualität oder zum Hochwasserschutz notwendig sind. Man wird den Planern in den Gemeinden und in den regionalen Körperschaften keine Vorgaben und keine Empfehlungen geben können zum richtigen Zeitpunkt. Man muss sich also das rechtzeitige Vordenken aufsparen und auf später verschieben. Das ist der heutige Vollzug im Umweltschutz, in der Vorsorgepolitik, in der Raumplanung. Statt das Wichtige zu tun, wird es durch Sparübungen ausgebremst. Dazu können wir nicht schweigen. Setzen Sie ein Signal für den Umweltschutz, für die Raumplanung und die Vorsorgepolitik. Ich danke Ihnen.

10000

Ernst Brunner (SVP, Illnau-Effretikon): Uns ist keine Reklamation bekannt, die sagen würde, im AWEL werde diese Aufgabe aus heutiger Sicht schlecht gemacht. Es besteht aus heutiger Sicht absolut kein Grund, diesen Antrag zu unterstützen. Anträge, die im Massnahmenplan 06 kommen werden, solche Anträge werden wir allenfalls später Gelegenheit haben zu besprechen. Ich bitte Sie, diesen Antrag, der schon einen Beschluss vorausnehmen will, abzulehnen.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Diese Abstimmung untersteht der Ausgabenbremse.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Jürg Stünzi wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 98 : 71 Stimmen ab.

Konto 8510, Sondermülldeponie Kölliken

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 8910, Natur- und Heimatschutzfonds

Antrag 88a. *Minderheitsantrag Peter Weber, Gerhard Fischer (in Vertretung von Willy Furter), Thomas Hardegger, Roland Munz, Monika Spring, Eva Torp KPB)*

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. 0

neu: Fr. 0

Verbesserung Ertrag: Fr. 200'000

Verschlechterung Aufwand: Fr. 200'000

Antrag Vollzug NHG: Aufrechterhaltung der minimalen Unterstützung der Natur- und Heimatschutzbestrebungen. Eine weitere Einschränkung des Vollzugs widerspricht nicht nur allen Zielsetzungen von Vorsorge und Nachhaltigkeit, sondern auch den bundesrechtlich den Kantonen (sowohl via Natur- und Heimatschutzrecht als auch via Raumplanungsrecht) zugewiesenen Pflichten.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Mit der Sanierungsmassnahme 04 wurde die Einlage in den Natur- und Heimatschutzfonds um mehr als 10 Prozent gekürzt. Nach meinen Informationen geht das eins zu eins zu Lasten der Fachstelle Naturschutz, die im Jahr 2006 rund 20 Prozent weniger beziehen kann. Was bedeutet das für die Arbeit im Naturschutz? An der Abschiedsveranstaltung von Fritz Hirt an der ETH war zu hören, dass im Jahr 2004 zwei Drittel des Bruttoaufwandes der Fachstelle in Beiträge für die Bewirtschaftung und Aufträge für Betreuung und Unterhalt von Naturschutzgebieten aufgewendet wurden. Das ist Geld, das zum grossen Teil an Landwirte und Kleinunternehmer ausbezahlt wurde. Nur gerade 5 Prozent des Bruttoaufwandes gingen in Projekte des Artenschutzes und der Artenförderung. Die Forschung und Entwicklung im Naturschutz zeigt, dass zur Arterhaltung und Artenförderung ganz gezielte individuelle Massnahmen nötig sind. Das Mähen eines Rieds reicht bei weitem nicht für die Arterhaltung aus. Wenn wir uns schon stundenlang von der anderen Ratsseite anhören müssen, man müsse die Effizienz steigern, dann kann man hier aufzeigen, dass das Verhältnis zwischen Pflege und gezielter Artenförderung halt in Richtung gezielter Artenförderung gehen muss. Man muss kein Prophet sein, um zu sehen, dass die Aufträge für die Bewirtschaftung und die Aufträge für Betreuung und Unterhalt reduziert werden müssen. Und damit wird dann auch der Flächenbeitrag von 19 Franken pro Are irgendwann unter Druck kommen. Unsere beiden Effizienzprediger Ernst Züst und Theo Toggweiler, die uns hier schön am Trockenen und an der Wärme stundenlang vordozierten, möchte ich dann gerne empfehlen, unseren Landwirten, welche die Riedpflege machen, an Ort und Stelle zu erklären, wie sie effizienter arbeiten können; am besten dann, wenn wir einen nassen Herbst haben und die Streu nicht einfach mit dem Ladewagen aus dem Ried gefahren werden kann und der Motormäher zum x-ten Mal abgesoffen ist. Hier am Trockenen lässt sich einfach predigen! Gespart wird hier einmal mehr bei jenen, die sowieso schon stark gebeutelt sind, nämlich bei den Landwirten. Das einfach zur Kenntnisnahme an unsere Landwirte auf der rechten Ratsseite. Dann reden wir nicht mehr über Teuerungsausgleich, sondern von Jahresverdiensten, die für eine Existenz nicht mehr reichen.

Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen.

Hans-Heinrich Heusser (SVP, Seegräben): Ich kann festhalten, dass der Natur- und Heimatschutzfonds unter den heute gültigen Umständen ausreichend alimentiert ist. In den letzten Jahren konnten jeweils zusätzliche Schuldentrückzahlungen aus dem ordentlichen Budget getätigt werden. Nach wie vor ist das Amt für Landschaft und Natur, das zu diesem Zweck aus dem Natur- und Heimatschutzfonds alimentiert wird, also sehr erpicht darauf, für den Natur- und Heimatschutzfonds Naturschutzflächen zusammenzukaufen, obwohl das für diese geschützten Flächen überhaupt keinen Sinn macht. Diese sind geschützt. Ob sie jetzt dem Kanton gehören oder Privaten, spielt keine Rolle. Bei jeder Gelegenheit wird darauf hingearbeitet, solche Flächen zu kaufen. In diesem Sinn ist also dieser Aufstockungsantrag völlig unnötig und daher abzulehnen.

Noch schnell ein Wort zur Riedpflege, die Robert Brunner erwähnt hat. Ich bin auch ein Betroffener, der solche Riedpflegen vornimmt. Ich kann Ihnen sagen: Normalerweise bis und mit Bewirtschaftungsjahr 2004 wurden diese Beträge immer ein Jahr verzögert ausbezahlt. Dieses Jahr, Rechnungsjahr 2005, habe ich die Beiträge erhalten für das Bewirtschaftungsjahr 2004 und habe diese vor wenigen Tagen bereits bekommen für das Jahr 2005. Also ist es möglich gewesen, in einem Jahr doppelt auszuzahlen. Dann nähme mich wunder, ob es das nächste Jahr mit diesen gesprochenen Beiträgen nicht ausreichen müsste.

Eva Torp (SP, Hedingen): Die SP wird diesen Minderheitsantrag unterstützen. Es darf doch nicht sein, dass der Staat seine gesetzlichen Aufgaben nicht erfüllen kann. Der Natur- und Heimatschutzfonds soll Massnahmen zur Schaffung, Erhaltung und Pflege von Natur- und Heimatschutzobjekten sowie Erholungsgebieten finanzieren. Hier Gelder zu streichen, hätte fatale Folgen. Eine ungenügend ausgeführte Sanierung von Heimatschutzobjekten heisst in der Praxis: zusehen, wie alte Kulturgüter verkommen. Bei der Pflege und Erhaltung von Naturschutzobjekten, beispielsweise Biotopen, dürfen ganz klar keine Abstriche gemacht werden. Was kaputt ist, ist kaputt!

Unterstützen Sie deshalb diesen Minderheitsantrag.

Ratspräsident Hans Peter Frei: Dieser Antrag untersteht der Ausgabenbremse.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Peter Weber wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 93 : 74 Stimmen ab.

Konto 8920, Strassenfonds

Konto 8940, Denkmalpflegefonds

Konto 8950, Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen von Sonderabfällen

Konto 8960, Deponiefonds

Keine Bemerkungen; genehmigt.

9 Behörden und Rechtspflege

Konto 9000, Kantonsrat

Antrag 89a. ***Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig, Ernst Züst (FIKO)***

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -8'516'600

neu: Fr. -8'346'000

Verbesserung: Fr. 170'600

Aufwandreduktion um 2% durch Effizienzsteigerung und sparsames Ansetzen von Kommissionssitzungen.

Theo Toggweiler (SVP, Zürich): Fast zum Schluss in eigener Sache! Auch der Kantonsrat hat ein Budget, dem wir Sorge tragen müssen. Wir haben aber auch Leute, die uns unterstützen, die ich erwähnen möchte. Wir haben ganz tüchtige Sekretärinnen und Sekretäre, die uns dienen. Wir haben einen Weibeldienst, der für uns da ist, der auch für Sicherheit sorgt, und so weiter. Wir sind dafür ganz sicher sehr dankbar. Trotzdem müsste es eigentlich möglich sein – und das ist der Antrag meiner Fraktion –, dass man da etwas zurückbinden könnte und dass wir im ganzen Sparorchester eigentlich mitwirken. Wir können

effizienter sein. Man könnte – ich will nicht aufzählen, das können Sie sich alles selbst ausdenken! Man könnte weniger Kommissionssitzungen machen oder man könnte darauf schauen, dass die Protokolle durchaus prägnanter, vielleicht kürzer sind in den Kommissionen, dass man mehr auf Qualität Wert legt – was Sekretärinnen sowieso machen –, also auch die Zahl der Seiten und so weiter.

Nun, bevor ich mehr aushole oder gar belehrend wirken möchte, vielleicht doch zum Abschluss noch ein Hinweis, um immerhin den infantil angewendeten Begriff der Rasenmähermethode, der damit eigentlich nichts zu tun hat, in einen anderen Zusammenhang zu setzen: Es ist jetzt zwar 35 Jahre her, dass die neue Managementlehre begründet wurde, und ich möchte da nur einen erwähnen, der vor kurzem gestorben ist, nämlich den Peter F. Drucker. Der führte damals schon das «Management by Objectives» ein, das Führen mit Zielen. Es ist also schon sehr alt und man ist jetzt daran, es langsam in die Verwaltung einfließen zu lassen, nämlich den Grundsatz, dass man eben auch eine Budgetvorgabe gibt, eben das «Objective», dass man nicht nur Ziele vorgibt, was wir ja tun, sondern dass man eben auch eine Zielvereinbarung trifft. Ziele müssen nämlich realistisch sein, sie müssen akzeptiert werden und erreichbar sein. Deshalb haben wir uns hier auf 2 Prozent festgelegt. Das ist realisierbar, ist akzeptierbar und ich möchte das noch in Zahlen ausdrücken: Es geht um 170'600 Franken, die wir sparen. Das sind pro Kantonsrat 78.98 Franken. Nein, das sind pro Kantonsrat 947 Franken im Jahr, pro Monat 78.98 Franken. Ich drücke das in Rappen aus, weil es ja das Sprichwort gibt, «Wer den Rappen nicht ehrt» und so weiter. Ich möchte Sie bitten, das zu unterstützen. Und ich versuche mich hier in einer Fachterminologie: Wenn Sie das unterstützen, dann gehen Sie wie die Grünen den Weg in die richtige Richtung. Zweitens: Sie setzen wie alle Politiker ein Zeichen und bekunden damit Ihren Sparwillen. Und Sie übernehmen – das ist das Dritte – selbstverständlich für unseren Staat eine Vorbildfunktion. Ich danke Ihnen.

Raphael Golta (SP, Zürich): Theo Toggweiler, Ihre Fachterminologie in Ehren, aber wenn Sie bei einem Globalbudget fehl am Platz war, so bei diesem! Es ist nicht die Aufgabe dieses Rates, «Management by Objectives», «Management by ich-weiss-nicht-was» durchzuführen. Die Aufgabe dieses Rates ist, in einem demokratischen Prozess Entscheide zu fällen. Was sie jetzt hier bei Ihren Management-Prinzipien

zu suchen haben, ist doch eher fraglich. Im Übrigen ist es bei der Geschichte mit der Effizienz ja immer auch so eine Sache, aus welcher Richtung sie kommt. Ich möchte Sie daran erinnern, worüber wir jetzt seit bald zwei Wochen debattieren und über welche Anträge und wie effizient es tatsächlich war, diese Anträge zu stellen. Womit ich Ihnen nicht die demokratische Legitimation dafür absprechen möchte, aber Sie doch auch darauf hinweisen möchte, dass auch Sie primär diesen Rat als demokratische Plattform nützen. Das ist in Ordnung. Aber bitte sprechen Sie im Zusammenhang mit dem Kantonsrat nicht davon, wie effizient er zu sein hat!

Ein weiterer Punkt, der mir ein bisschen eigenartig scheint bei diesem Antrag, ist doch der, dass das Gremium, welches doch letztlich auch zu entscheiden hat über einzelne Punkte im Budget des Kantonsrates und über viele einzelne Ausgaben, die Geschäftsleitung dieses Rates ist, wobei 15 gewählte Mitglieder aus dem hier anwesenden Rat kommen. Bitte bringen Sie doch dort Ihre Vorschläge ein; die habe ich bis jetzt noch nicht gehört, und es ist doch ein bisschen eigenartig, diese hier anbringen zu wollen. Es ist sogar so, dass im Gremium, in welchem Personalentscheide für diesen Rat gefällt werden, das heisst, wo es um Sekretariatspositionen geht und so weiter, aktuell die SVP die absolute Mehrheit hat und dort nämlich auch andere Entscheide fällen könnte. Also von dem her war das doch primär ein Misstrauensvotum auch an Ihre eigenen Leute in diesen Gremien.

Bitte lehnen Sie zusammen mit der SP-Fraktion diesen Antrag ab.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Theo Toggweiler wird dem Antrag der Kommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag mit 109 : 55 Stimmen ab.

Konto 9020, Finanzkontrolle

Konto 9070, Ombudsmann

Konto 9100, Beamtenversicherungskasse

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussrunde

Ratspräsident Hans Peter Frei: Damit ist der Voranschlag für das Jahr 2006 durchberaten. Unter Berücksichtigung der vom Rat beschlossenen Änderungen ergibt sich im Voranschlag 2006 gesamthaft in der Laufenden Rechnung ein Aufwandüberschuss von 401'464'528 Franken und in der Investitionsrechnung ergeben sich Nettoinvestitionen von 1'025'797'000 Franken.

Wir kommen nun zur so genannten «Elefantenrunde». Ich erteile das Wort den Fraktionspräsidenten für ein Schlussvotum. Ich räume den Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten dafür eine Redezeit von maximal zehn Minuten ein. Die Grünliberale Partei hat eine Redezeit von fünf Minuten. Sie sind damit einverstanden.

Werner Bosshard (SVP, Rümlang), Präsident der Finanzkommission (FIKO): Als Präsident der zum Budget Antrag stellenden Finanzkommission habe ich das Privileg, vor der Schlussabstimmung und der «Elefantenrunde» eine Wertung abzugeben. Als Vizepräsident der Arbeitgebervereinigung Zürcher Unterland kann ich Ihnen einige Daten aus der alljährlich durchgeführten Umfrage zur Beschäftigungslage liefern. 46 Unternehmen mit einem Personalbestand von 11'000 Personen haben geantwortet.

27 Unternehmen beurteilen die Beschäftigungslage als gut, 16 als befriedigend und nur drei als schlecht. Fünf Unternehmen haben erhebliche Überstunden geleistet, 27 wenig und 14 keine. Keine Firma hat Kurzarbeit gehabt. Wir scheinen also ein gutes Jahr zu haben und 35 der 46 Unternehmen erwarten für 2006 bessere oder gleiche Beschäftigungsaussichten wie dieses Jahr.

Sie können also, Finanzdirektor Hans Hollenstein, von einem wachsenden Steuersubstrat ausgehen, das auch bei einem unveränderten Steuerfuss den Staat nicht aushungert. Von Ihnen und von allen Mitgliedern der Regierung erwarte ich, dass Sie nicht nur Schönwetterkapitäne sind, sondern das Staatsschiff auch bei Gegenwind und stürmischem Wellengang sicher auf Kurs halten und in den sicheren Hafen steuern.

Dem Finanzdirektor und seinem Amtschef oder seiner Amtschefin – wer immer das im kommenden Jahr auch sei – traue ich kreativere Lösungen zu als das Entlassen von 30 Steuerkommissären. Und ich möch-

te Sie auch daran erinnern, dass Budgetposten Ausgabenermächtigungen und nicht Ausgabenverpflichtungen sind.

Ein Budget aufstellen heisst immer auch, die Enttäuschungen gleichmässig zu verteilen, und das ist mit diesem Budget wieder einmal gelungen. Die Linke ist enttäuscht darüber, dass der Steuerfuss nicht in ihrem Sinne festgelegt worden ist, und die grösste bürgerliche Fraktion ist enttäuscht darüber, dass alle ihre Anträge keine Mehrheit gefunden haben. Und alle sind enttäuscht über den Aufwandüberschuss. Ich stelle aber mit Befriedigung fest, dass alle Anträge der Finanzkommission angenommen worden sind, und beantrage Ihnen, in der Schlussabstimmung gemäss dem Antrag der Finanzkommission dem bereinigten Voranschlag 2006 zuzustimmen.

Alfred Heer (SVP, Zürich): Im Namen der SVP-Fraktion darf ich Ihnen heute mitteilen, dass wir unsere gesetzten Ziele vollumfänglich erreicht haben. Der Steuerfuss bleibt bei 100 Prozent. Etwas betrübt sind wir lediglich, dass unsere Anträge auf 2 Prozent Reduktion von gewissen Aufwandsposten alle abgelehnt wurden. Es waren keine Rasenmäheranträge, wurden doch etliche Globalbudgets ausgenommen, beispielsweise die Kantonspolizei, das Migrationsamt und die Volksschule. Die Anträge waren sicherlich nicht originell, aber sie hätten einen Beitrag geleistet, um den Aufwand zu senken. Die Höhe war so bestimmt, dass niemand ernsthaft behaupten kann, dass dadurch irgendwelche Härtefälle entstanden wären.

Der Erfolg der SVP-Fraktion in der Steuerfrage ist darauf zurückzuführen, dass wir brav am Runden Tisch mitgearbeitet haben. Es ist zwar ein offenes Geheimnis, dass es dem Zürcher Regierungsrat letztlich nur darum ging, die SVP auszugrenzen. Dies ist selbstverständlich das gute Recht einer Regierung. Nur muss sich die Regierung fragen, ob es ein Regierungsziel sein kann, eine Partei auszugrenzen. Die Regierung in der Mehrheit hegte die Hoffnung, dass sich die SVP-Fraktion am runden Tisch mit überrissenen Forderungen selber abschiessen würde. Selbstverständlich sind wir nach wie vor der Meinung, dass in Anbetracht des Goldsegens und um den Wirtschaftskanton Zürich zu stärken, eine weitere Steuersenkung nötig gewesen wäre. Die Politik ist jedoch die Kunst des Möglichen. Diese Kunst des Möglichen hat die SVP vorzüglich erfüllt. Eine schädliche Steuerfusserhöhung konnte abgewendet werden.

Wenn ich die Voten der Eintretensdebatte höre, hätten wir es sogar in der Hand, das schlimme Budget mit dem hohen Aufwand abzulehnen. Wir tun dies nicht; nicht, weil wir mit dem heutigen Budget einverstanden wären, nein, wir tun es deshalb nicht, weil wir der Meinung sind, dass unsere Regierung kaum noch handlungsfähig wäre. Mit dem Einberufen des runden Tisches hat die Zürcher Regierung ihre Handlungsunfähigkeit demonstrativ zur Schau gestellt. Das naive Ansinnen, eine Zweidrittelmehrheit ohne SVP hinter sich zu vereinen, ist «leider» nicht aufgegangen. Der Regierungsrat hat die verfassungsmässige Aufgabe, einen Budgetentwurf auszuarbeiten. Diese Verantwortung kann nicht an einen runden Tisch delegiert werden. Die SVP-Fraktion ist der Zürcher Regierung nicht nachtragend. Wären wir dies, würden wir sie mit einem Nein zum Budget in eine tiefe Krise stürzen. Dies ist nicht im Interesse des Kantons Zürich, zumal der Steuerfuss beibehalten werden konnte.

Vor rund einem Jahr hat alt Finanzdirektor Christian Huber von strukturellen Massnahmen gesprochen. Im Sommer hat die SVP-Vertretung am runden Tisch nach diesen strukturellen Massnahmen gefragt. Diese wurden uns vor den Herbstferien von der Regierung versprochen. Gesehen haben wir von den Vorschlägen immer noch nichts. Gelten Versprechungen einer Regierung nichts mehr? Ist es nicht nötig, endlich strukturelle Massnahmen zur Kostensenkung vorzuschlagen? Was ist mit der versprochenen Besoldungsrevision? Statt die Zeit damit zu vergeuden, wie eine Mehrheit für eine Steuerfusserhöhung gefunden werden kann, sollte sich der Regierungsrat an die Arbeit machen, um seine Versprechen zu erfüllen. Finanzdirektor Hans Hollenstein ist neu im Amt. Obwohl er im Wahlkampf unser Gegner war, verzichteten wir darauf, ihn heute anzugreifen. Er ist, so scheint es uns, noch auf der Sinnuche, was die Aufgabe eines Finanzdirektors im Regierungsrat betrifft. (*Heiterkeit.*) Wir hoffen, dass das Suchen nach dem Sinn bald abgeschlossen sein wird und bald bessere Ideen und Konzepte in der Finanzdirektion entwickelt werden, um den Aufwand zu stabilisieren, statt einfach die Steuern zu erhöhen, zumal dann, wenn es noch Gold regnet.

Wir erwarten von der Zürcher Regierung Folgendes:

Erstens: Varianten und Konzepte zur Kostensenkung, Einlösen des Versprechens der strukturellen Massnahmen und der Besoldungsrevision.

Zweitens: eine klare Verantwortung und Führung als Exekutive, keine runden Tische hinter verschlossenen Türen. Wir glauben, sehr geehrter Finanzdirektor Hans Hollenstein, dass Sie sich glücklich schätzen dürfen, in der SVP einen verlässlichen Partner zu haben (*Heiterkeit*), wenn es darum geht, den exorbitanten Aufwand zu bremsen. Dass es die heutige Regierung bis jetzt nicht fertig gebracht hat, die Kosten zu senken, ist leider eine Tatsache, die wir akzeptieren müssen. Machen Sie sich also an die Arbeit und hören Sie bitte auf, in der Öffentlichkeit das Märchen der vielen Milliarden Franken Einsparungen zu erzählen. Der Aufwand steigt gemäss KEF noch munter an. Von Einsparungen zu reden, ist sicherlich nicht angebracht. Wir erwarten von der Zürcher Regierung kein Palaver, sondern Vorschläge. Unsere Grossherzigkeit und unser barmherziges Mitleid (*Heiterkeit*) mit dem Finanzdirektor und der Zürcher Regierung soll unser Beitrag sein, damit sie sich endlich an die Arbeit machen können.

Eine Annahme dieses Budgets ist dieser Beitrag, damit die hilflose Regierung weiterhin funktionieren kann. Anstatt sich darum kümmern zu müssen, was notwendige Ausgaben sind, kann sie sich darauf konzentrieren, ihren Versprechungen der strukturellen Massnahmen endlich Taten folgen zu lassen. Die SVP-Fraktion hat in dieser Budgetdebatte mit der jetzigen Ausgangslage bewiesen, dass sie fähig ist, auch nur mit einem Drittel der Stimmen die notwendigen Mehrheiten zu sichern. Ich muss Ihnen gestehen: So wenig gefordert wurde die SVP noch nie in einer Budgetdebatte. Dass es uns die linke Seite so einfach machen würde, hätten wir nicht gedacht.

Mit Ihrer sturen Haltung, was den Steuerfuss betrifft, haben Sie alles auf eine Karte gesetzt und «leider» auch alles verloren. Ihre Politik ist eine Bankrotterklärung. Ihre Politik besteht nur noch darin, höhere Steuern und Mehrausgaben zu fordern. Dies ist doch eine ziemlich simple Politik, welche nun wirklich nur noch Hardcore-Sozialisten hinter dem Ofen hervorlocken kann. (*Heiterkeit.*) Der Vorwurf, dass der Steuerfuss das Ein und Alles sei, gilt vor allem für Ihre Seite. Den Aufwand bei gleichen Leistungen zu senken, ist eine Forderung, welche unabhängig von der Höhe des Steuerfusses gilt. Oder bezahlen Sie in Ihrem Privatleben freiwillig überall 5 oder 10 Prozent mehr für Produkte des täglichen Bedarfs, weil Sie genug verdienen? Wohl kaum. Unabhängig von der Höhe Ihres Einkommens überprüfen Sie doch jeden Tag, welche Gegenleistung Sie beim Kauf eines Produktes bekommen.

Mit der Nichterhöhung des Steuerfusses haben wir das Steuersubstrat und somit die Einnahmen des Kantons Zürich längerfristig gesichert; dies zum Wohle aller Einwohner unseres Kantons. Die SVP-Fraktion hat in dieser Budgetdebatte einen wichtigen Beitrag für das Wohlergehen des Kantons Zürich geleistet. Besten Dank.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Vor zehn Jahren ist in diesem Kanton eine Wahlallianz aus FDP und SVP, angeführt von Regierungsrat Eric Honegger, angetreten, um eine so genannte bürgerliche Wende auf Grund eines Regierungsprogramms durchzusetzen. Ohne Rücksicht auf die politischen Minderheiten sollte der Kanton auf den neoliberalen Pfad gezwungen werden. Es sollte ein Staat erreicht werden, der sparsam haushält und sich auf sein Kerngeschäft beschränkt. Diese Beschränkung des Staates würde zu einer blühenden Wirtschaft, eigenverantwortlichen Individuen und allgemeiner Zunahme des Wohlstandes führen. Die Wählerschaft wollte das Experiment wagen und stattete diese Allianz auch noch mit der Mehrheit im Kantonsrat aus. Im Frühling dieses Jahres, also zehn Jahre später, wurde anlässlich der Regierungsratswahl das Experiment mit der rechten Mehrheit beendet. Die Wählerinnen und Wähler haben 2005 erkannt: Das Programm der Rechten hat im Fiasko geendet. SVP/FDP-Mehrheiten in Regierung und Parlament haben sich als unfähig erwiesen, mehr als immer wieder billige Wahlversprechen in Form von Steuersenkungen zu realisieren. In ihren Worten sollten «für die Lieben mehr zum Leben bleiben».

Das Lächeln der geliebten «meine Lieben» dürfte wenig verbreitet sein. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aller Lohnklassen und -stufen, Handwerker, Staatsangestellte, aber auch Landwirte, Leute, die von ihrer Arbeit leben wollen, gehören nämlich ganz offensichtlich nicht zu den Geliebten; schon gar nicht die Leute, die die falsche Wirtschaftspolitik der Neoliberalen mit ihrem Arbeitsplatz bezahlen mussten und vom Sozialstaat abhängig geworden sind. Die «Lieben» sind andere: Die «Lieben» erben grosse Vermögen, die «lieben» Besitzer von grossen alten Liegenschaften und von Bauland, die «lieben» Aktionäre. Auch den «lieben» Steuerhinterziehern soll mehr auf dem Schwarzgeldkonto bleiben. Wie sonst wollen Sie die Strafaktion gegen das kantonale Steueramt von letzter Woche erklären? Nein, aus diesem rechtsbürgerlichen Regierungsprogramm wird nie mehr eine Romanze mit der Wählerschaft werden!

Zum Glück für den Kanton gelang es der FDP, sich dem alleinigen Herrschaftsanspruch der SVP gelegentlich zu entziehen. So gelangen im Verbund von FDP und Linken doch noch einige fortschrittliche Reformen und für den Standort Zürich wichtige Investitionen. Beispiele hierfür sind die Strukturreformen im Gesundheitswesen und in der Bildung, die neue Verfassung sowie der Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Ihre erfolglose Finanzpolitik der letzten zehn Jahre konnten SVP und FDP letzte Woche aber mit der grandiosen Mehrheit von einer Stimme noch einmal um ein hoffentlich letztes Kapitel verlängern. Dazu unsere sportliche Gratulation!

Der Voranschlag, über den wir in einer knappen Stunde abstimmen werden, ist schon heute Altpapier. Er stellt zwar formal den Ermächtigungskredit oder neu die Festlegung des Leistungsauftrags und dessen Finanzierung dar. Kritisch aber ist es für den Regierungsrat kein brauchbarer Auftrag. Zürich und sein Kanton stehen da als eine Metropole, die zwar hohe Lebensqualität mit solider wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit verbindet, eine Metropole, die nach allen Umfragen weltweit höchste Standortgunst bietet. Das Staatswesen aber, das für den Erhalt und die Weiterentwicklung dieses – Sie kennen es, man kann es gar nicht zu oft wiederholen – «best place to live worldwide» verantwortlich wäre, steht politisch konzept- und führungslos da.

Die SP-Fraktion, ihre Regierungsmitglieder eingeschlossen – bei uns sind sie eingeschlossen –, hat den runden Tisch nicht nur begrüsst, sondern in mehreren Runden grosse Schritte hin zu einem Kompromiss gemacht. Seit dem Anfang des runden Tisches hat sie aber bei SVP und FDP keinerlei Bewegung ausgemacht. Die Verhöhnung dieses runden Tisches durch meinen Vorredner Alfred Heer haben Sie auch gehört. Und was noch erstaunlicher ist: Die FDP hat in dieser ganzen Zeit keine einzige Forderung an die vier Mitte-Links-Fraktionen gerichtet, die den runden Tisch im Grundsatz begrüsst haben. Sie hat bis zu ihrem Vorstosspaket von letzter Woche keinen einzigen eigenen Vorschlag gemacht, wie es mit den Kantonsfinanzen weitergehen soll. Das Vorstosspaket aber hätte sie schon längst in die Kommissionen einbringen können. Und was die Reformkommission betrifft, die sie vorschlägt, hätte sie diese ebenfalls schon längst in der Geschäftsleitung vorschlagen können. Dafür sieht die FDP nun tatenlos zu, wie die 1600 Goldmillionen eingesetzt werden müssen, um den Staatshaushalt wenigstens ein weiteres Jahr verfassungsmässig auszugleichen. Die FDP hat von

Anfang an die Substanzerhaltung beim Nationalbankgold gefordert, dafür getan hat sie überhaupt nichts.

Wie gesagt: Dieses Budget ist politisches Altpapier. Eine halbe Stimme hat entschieden, dass der Kanton Zürich in eine weitere depressive und defensive Sparrunde geht. Im Gegensatz zur sanften Version vom MH06 reden wir jetzt aber nicht mehr von einer zwar harten, aber doch noch knapp vertretbaren Konzentration der Kräfte für einen leistungsfähigen Service public. Es geht nicht mehr nur darum, welche Pensionierten nicht ersetzt und wie viele Rappen pro Stunde ein Linienbuschauffeur mehr oder weniger kosten darf. Jetzt geht es darum, welche Betriebe geschlossen werden und wie viele Leute entlassen werden müssen. Es geht darum, ob sich der Service Public im Kanton Zürich mehr oder weniger in die grossen Städte zurückziehen muss.

Unsere neue Kantonsverfassung setzt uns das Ziel, den Kanton Zürich als weltoffenen wirtschaftlich, kulturell und sozial starken Gliedstaat der Schweizerischen Eidgenossenschaft weiterzuentwickeln. Das können wir nicht, wenn wir bei den Steuersätzen die unsolidarische, parasitäre Nischenpolitik von Schwyz oder Obwalden verfolgen, wie uns die FDP empfiehlt. Unser Kanton ist ein grosstädtischer Kanton und Sie können auch nicht den Schwingerkönig jahrelang auf Diät setzen und glauben, er gewinne dann den Züri-Marathon. (*Heiterkeit.*)

Die SP ist auch in schwierigen Zeiten eine verlässliche Regierungspartei. Nicht allen von uns fällt es leicht, den Kanton allenfalls in eine budgetlose Zeit gehen zu lassen. Eine kleine Minderheit der Fraktion wird sich deshalb der Stimme enthalten. Das jetzige Budget – und ich komme nun zum Schluss – wäre für uns gerade noch tragbar gewesen, wenn es mit positiven Aussichten verbunden gewesen wäre; Aussichten auf eine dauerhafte Sanierung der Staatsfinanzen und einen hohen Stand an Investitionen. Verbunden mit der Aussicht auf einen Abbau des Service public, auf Entlassungen beim Staat, mit der Aussicht auf eine Lastenüberwälzung auf die Gemeinden, auf eine Verschiebung notwendiger Investitionen und auf mehr soziale Kälte, verbunden damit ist es für uns nicht mehr tragbar! Wir müssen es leider ablehnen.

Beat Walti (FDP, Erlenbach): Optimisten hatten nach dem Steuerfussentscheid der letzten Woche gehofft, dass die Budgetdebatte einigermaßen zügig vonstatten gehen könnte. Pessimisten haben sich auch für morgen Abend noch freigehalten. Und Realisten, wozu wir Freisinnige

uns zählen, sind nicht erstaunt, dass die Budgetdebatte so verlaufen ist, wie sie das getan hat. Wir haben über Jahre erfahren, dass der Budgetprozess nicht der Ort ist, um grosse finanzpolitische Stricke zu verreisens oder Weichen zu stellen, die wirklich in die Zukunft weisen. Das Budget ist nur – aber immerhin, bin ich geneigt zu sagen – das erste Jahr des KEF, die konkrete Umsetzung der Mittelallokation. Der konkrete Verlauf der Voranschlagsberatung hat mich überhaupt nicht erstaunt. Wir konnten vorhersehen, dass die Minderheitsanträge, die gestellt waren, das erteilte Schicksal treffen würde, und es ist in der Tat so gekommen. Wenn da nicht noch ein paar kleine Störfeuer gewesen wären über die Diskussion der Ausgabenbremse, hätte es beinahe langweilig werden können.

Wir haben eingangs der Debatte erklärt, dass wir dem Voranschlag zustimmen würden, falls der Voranschlag in der durchberatenen Form nicht erheblich vom Voranschlag gemäss regierungsrätlichem Antrag abweichen würde. Dies ist der Fall – mit einer gewichtigen Ausnahme, das gebe ich gerne zu: Wir hätten uns auch gewünscht, dass das Defizit 2006 mit der Beibehaltung des Steuerfusses 100 Prozent nicht derart viel grösser werden würde (*Heiterkeit auf der linken Ratsseite*), wie dies absehbar ist. Ich bin sehr froh, dass ich zu Ihrer Erheiterung noch etwas beitragen konnte, insbesondere nach diesem vernichtenden, frustrierenden Statement von Ruedi Lais, das ja wirklich nahe an der Depression ist. Ich glaube, da tut Ihnen ein bisschen Lachen gar nicht schlecht.

Der Kanton Zürich braucht andererseits dringend ein Budget. Es ist keine leere Floskel zu sagen, der Kanton sei ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Der Kanton ist als Auftragsgeber ein sehr wichtiger Partner für viele Unternehmen und direkt oder indirekt Brotgeber für Menschen in diesem Kanton Zürich. Wir wollen keine unnötige Unruhe in der Verwaltung und in der Regierung erzeugen. Wir glauben, dass die wichtigen langfristig anzugehenden Aufgaben im Kanton – sie wurden verschiedentlich zitiert – diese Ruhe brauchen. Wir brauchen geordnete Verhältnisse, damit diese Regierung vorwärts arbeiten kann.

Bei den strukturellen Reformen, da bin ich sehr zuversichtlich, dass diese in nächster Zeit vorgestellt werden und auch behandlungsreif werden. Wir haben ja vor kurzem noch einen Nachtragskredit bewilligt, der einen beschleunigten Vorgang dieser Arbeiten signalisiert. Die Steuerstrategie ist mittlerweile ein viel zitiertes Wort, was uns ausser-

ordentlich freut, weil wir der Überzeugung sind, dass hier das zentrale Anliegen oder das kritische Erfolgsmoment für die kantonale Finanzpolitik liegt. Und damit möchte ich noch kurz zurückkommen auf den runden Tisch, Ruedi Lais, Sie zwingen mich dazu. Es ist einfach nicht wahr, dass die FDP keine Verhandlungsangebote gemacht hätte. Wir hätten diesen informellen Rahmen sehr, sehr gerne genutzt, um auch unkonventionelle Lösungswege zu zitieren und zu diskutieren und, wenn sich Mehrheiten ergeben hätten, auch zu begehen. Bloss sind wir eben auf Unverständnis gestossen und auf absolut fehlende Bereitschaft, auf diese Vorschläge einzugehen. Das Erstaunlichste, was Ihnen wahrscheinlich passiert ist am runden Tisch und danach, ist, dass wir konsequent bei unserer Haltung geblieben sind, als wir gespürt haben, dass diese Signale in eine negative Richtung gehen würden. Wir halten diesen Weg mit einem Steuerfuss von 100 bei einem Budget, das noch in verschiedenen Positionen in der Umsetzung im nächsten Jahr optimiert werden kann, für einen absolut gangbaren Weg.

Zum Votum der SP-Fraktion möchte ich noch ergänzen, dass ich es mit entschiedener Entschlossenheit ablehne, mit einer seriös begründeten Finanzpolitik in die Nähe der Steuerhinterzieher gestellt zu werden. Das ist eines der allerbilligsten Argumente, das ich in letzter Zeit zu diesem Fall gehört habe. Aber es gibt vielleicht sowieso noch einigen Klärungsbedarf, ich habe auch das Beispiel mit dem Schwingerkönig nicht ganz verstanden (*Heiterkeit*), aber da können wir vielleicht noch darauf zurückkommen.

Und nun möchte ich abschliessend noch einen Appell an die Öffentlichkeitswirkung unserer Diskussion hier richten. Auch hier geht der Aufruf primär wieder an die Sozialdemokratische Seite. Ich bin doch sehr zuversichtlich, dass die Leute in diesem Kanton in einer grossen Mehrzahl wissen, dass auch der Staat langfristig nicht mehr ausgeben kann, als er einnimmt (*Heiterkeit auf der linken Ratsseite*) und dass die Einnahmen einfach durch äussere Umstände auch beschränkt sind, wovon der wichtigste der Wettbewerb ist. Aber auch das kann ich Ihnen anlässlich unserer bereits festgelegten Nachbesprechung sicher noch näher bringen. Im Kanton Obwalden sind immerhin 86 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger davon ausgegangen, dass eine offensive Strategie, die auf das Jahr 2012 und danach zielt, für den Kanton nicht so schlecht sein kann; vielleicht sollten Sie das in Ihre Überlegungen auch miteinbeziehen. Wir freuen uns auf die kommenden Diskussionen. Ich habe Ihnen bereits offeriert, dass wir zur Verfügung

stehen für wirklich auch unkonventionelle Ideen, die uns langfristig in die richtige Richtung führen. Wir haben Themen genug auf der Traktandenliste, um den Worten auch Taten folgen zu lassen. Und ich freue mich auch ganz besonders, wenn wir hier das Gespräch mit der CVP wieder aufnehmen können und uns hier an Orten finden, die für den Kanton Zürich wichtig sind.

Die FDP wird mit diesen Begründungen dem Voranschlag 2006 zustimmen.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Die Grünen stimmen dem Voranschlag 2006 nicht zu. Wir lehnen eine einseitige Sanierung des Staatshaushaltes ab. Mit der Beibehaltung des Steuerfusses bei 100 Prozent steht uns trotz der Umsetzung der beiden Sparpakete San04 und MH06 ein weiterer massiver Abbau staatlicher Leistungen ins Haus. Nichts von Ruhe, Beat Walti! Wir haben es zu Beginn der Debatte angekündigt: Wir stimmen dem Budget, inbegriffen MH06, zu, wenn der Steuerfuss auf 105 Prozent erhöht wird und damit auch einnahmenseitig ein Beitrag zur Gesundung der Staatsfinanzen geleistet wird. Das ist nicht passiert. Der Steuerfuss bleibt bei 100 Prozent und unsere Anträge wurden samt und sonders vom Tisch gefegt. Es gibt keinen Grund für uns, diesem Voranschlag zuzustimmen.

Mehr als bemerkenswert ist, was die bürgerliche Mehrheit von SVP und ihrem Schlepptau die FDP beschlossen hat. Sie hat das Defizit im Voranschlag 2006 mehr als verdoppelt, das ist eine hohe Leistung. Sah der Entwurf des Regierungsrates noch ein Defizit von rund 180 Millionen Franken vor, wird die bürgerliche Seite nun einen Vorschlag mit einem Defizit von über 400 Millionen Franken verabschieden. Ausgerechnet diejenigen, die uns ständig vorjammern, dass Schuldenmachen unsozial sei, beschreiten den Weg in die Schuldenmacherei! Wir erinnern uns noch sehr gut an das Aufheulen von SVP und FDP beim Voranschlag 2005, als die Regierung ein ähnlich grosses Defizit vorgeschlagen hat. Unisono und mit markigen Worten wurde uns und der Öffentlichkeit lauthals erklärt, so was sei nicht akzeptabel. Was das Ganze aber zum eigentlichen Skandal macht: Sie haben keine ernst zu nehmenden Ideen oder Vorschläge, wie Sie aus dem Schuldenschlamm wieder herauskommen wollen, den Sie selber angerichtet haben. Sie entziehen dem Staat zwar dauernd die Mittel, die er für seine Aufgaben braucht, aber wo und wie zu sparen sei, das wissen Sie nicht.

Hier spielen Sie feige den Ball dem Regierungsrat zu, der für Sie die Kohlen aus dem Feuer holen soll.

Die SVP kapriziert sich auf untaugliche lineare Kürzungen. Zu dieser Partei möchte ich lieber gar nichts mehr sagen, da sie sich schon lange aus einer ernsthaften und seriösen Diskussion verabschiedet hat. (*Unmutsäusserungen auf der rechten Ratsseite.*) Mich hat diese Qualifikation des SVP-Verhaltens auf allen Stufen als Kindergarten in der «NZZ am Sonntag» geärgert. Dies ist nämlich eine nicht akzeptable Beleidigung für den Kindergarten. Dort wird hervorragende und seriöse Arbeit geleistet. Am bedenklichsten erscheint mir jedoch für die Zukunft unseres Kantons, dass sich heute auch die FDP als ernsthafte Verhandlungspartnerin verabschiedet hat. Sie, die immer davor warnt, die Schuldenlast nicht auf die Schultern zukünftiger Generationen laden zu wollen, macht jetzt genau das. Anstatt kreativ an Lösungen mitzuarbeiten, wie dieser Staat die Zukunft meistern kann, beharrt sie auf Positionen, die nur einigen wenigen ihrer Wähler zugute kommt. Das Gemeinwohl – oder besser das Staatswohl – scheint vergessen. Mit ihrer Fixierung auf einen tiefen Steuerfuss drückt sie sich davor, uns zu sagen, welche staatlichen Aufgaben ihr überflüssig erscheinen. Mit ein paar liberalen Gemeinplätzen und einem lächerlichen Arbeitsgrüppi, für das sogar die NZZ nur einen hämischen Nebensatz übrig hatte, ist es jedenfalls nicht getan. Und die Vorschläge am Runden Tisch, die Beat Walti erwähnt hat, sind also auch uns nicht aufgefallen. Die klassische FDP war früher einmal eine staatstragende Partei, die die soziale Verantwortung ernst nahm; gesellschaftlich liberal, weltoffen und nicht auf die SVP fixiert. Sie prägte die Volksschule und unser Gesundheitswesen, investierte in die Infrastruktur unseres Kantons. Wo sind diese Kräfte heute? Heute ist man panisch auf den Steuerfuss und auf einen Wettbewerb fixiert, der letztlich nur Verlierer hinterlassen wird. Denn Zürich wird als grosser Zentrumsanton mit seinen Hochschulen und Spitzenspitälern, seiner Verkehrsinfrastruktur nie mit den Steuer-oasen der kleinen Kantone Zug, Schwyz und Obwalden konkurrieren können. Dies zu begreifen, sollte doch nicht so schwer sein.

Ein Letztes in diesem Zusammenhang. Der Kanton Zürich wurde zum wirtschaftlich stärksten Kanton, nicht weil er die Steuern gesenkt hat, sondern weil er genau das Gegenteil gemacht hat. Er hat massiv in die Bildung, das Gesundheitswesen und die Infrastruktur investiert. Davon profitieren wir heute noch. Und genau dieses Kapital verspielt die FDP zusammen mit der SVP auf leichtfertigste und unverantwortlichste

Weise. Unsere Generationen – die nach uns – werden die Zeche bezahlen. Was wollen Sie denn unsere Zukunft und die Qualität des Wirtschaftsstandortes Zürich einem ruinösen Steuerwettbewerb opfern? Bei der Bildung, der Gesundheit, der Infrastruktur und bei den sozial Schwächsten sparen und im Gegenzug den Allerreichsten die Steuern senken? Dabei verschliessen Sie die Augen vor der Wirklichkeit. Sie schimpfen, wie am letzten Dienstag geschehen, über die Demonstranten vor der Rathaustür und merken nicht, dass das die Realität ist. (*Unmutsäusserung auf der rechten Ratsseite.*) Schwesternschülerinnen, die in Zukunft für ihre Ausbildung selber bezahlen müssen! 15'000 Franken mögen für Ihre Klientel eine Kleinigkeit sein. Für die Betroffenen kann das der Abbruch der Ausbildung bedeuten. Und dem Personal, das ohnehin am wenigsten verdient, dem Reinigungspersonal, wird gekürzt. Da können Sie stolz sein, das muss ich sagen! Die einseitige Sanierung schont einmal mehr die Wohlhabenden, die schon in den letzten Jahren vom tiefen Steuerfuss überproportional profitiert haben. Die Lasten aber tragen die sozial Schwächeren. Es ist nur folgerichtig, dass Ihre Seite auch die Verantwortung für dieses Budget übernimmt. Aber eines kann ich Ihnen versichern: Wir werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern erklären, weshalb der Staat seine Leistungen abbaut und wer dafür sorgt, dass es denen, die schon privilegiert sind, noch besser geht, und weshalb der Mittelstand und die Schwächsten unserer Gesellschaft die Zeche dafür zahlen. Wir werden den Eltern von Schülerinnen und Schülern auf der Strasse erklären, welche Parteien für die Erhöhung der Klassengrössen, für die Schliessung von Spitälern und Schulen die Verantwortung tragen.

Dieser Voranschlag ist für die Grünen kein zukunftsfähiger Weg. Wir lehnen ihn ab. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen trotz allem schöne Festtage.

Lucius Dürri (CVP, Zürich): Die CVP hat anfangs klar gemacht, unter welchen Bedingungen sie bereit wäre, einem Budget zuzustimmen: nämlich die Umsetzung der am runden Tisch erzielten Ergebnisse, also einen Steuerfuss von 105 Prozent, und die ausgehandelten Einsparungen im Budget 2006. Dieses Gleichgewicht wurde nun in ein Ungleichgewicht umgewandelt. Auf Einnahmen wurde ohne Kompensation verzichtet. Damit werden die Sparopfer übergewichtig, weil in verschiedenen Bereichen nicht mehr zumutbar.

Die Befürworter dieses Kurses gehen von falschen Prämissen aus. Sie liefern sich einer Steuerfussmanie aus, die fatal ist, die aber in der ganzen Schweiz überhand nimmt. Die Kantone überbieten sich, die Steuerfüsse zu senken, und ziehen sich damit gegenseitig in den Abgrund. Man würde meinen, die Schweiz sei international gesehen absolut im Hintertreffen; das Gegenteil trifft jedoch zu. Die Schweiz ist, neben vielen anderen Punkten, auch bezüglich Steuerbelastung absolut konkurrenzfähig. Kein Wunder, dass nun die Finanzdirektoren eine Lösung finden müssen, um aus diesem Steuersenkungswahn herauszukommen. Die CVP steht zum Ziel tiefer Steuern, aber Steuerfussenkungen müssen finanzierbar sein. Die Befürworter eines Steuerfusses von 100 Prozent blenden die Tatsache aus, dass die Standortqualität, ein entscheidender Faktor im internationalen Wettbewerb, nicht umsonst zu haben ist. Neue Sparopfer werden jedoch Qualitätsbereiche treffen, die den Standort Zürich empfindlich zurückwerfen. Ich nenne die Bereiche Bildung und Verkehr als zwei der zahlreichen Beispiele. Und wieder werden die Gemeinden die Zeche bezahlen, was mit Sparen ja nun wirklich nichts zu tun hat.

Wer soll denn eigentlich von diesem Steuerfuss profitieren? Die Wirtschaft jedenfalls nicht, denn diese ist auf andere Faktoren angewiesen. Die privaten Haushalte auch nicht, denn diese werden durch die Steuergesetzrevision ohnehin entlastet. Es bleibt der Verdacht, dass die Steuerfussdebatte lediglich deshalb durchgezogen wurde, um sich sozusagen treu zu bleiben und dem Druck, dem man sich unterzogen hat, aufrecht zu erhalten, um sich zu beweisen, wie gut und stark man doch eigentlich ist. Und Alfred Heer hat es ja deutlich gezeigt mit seiner sehr selbstgefälligen Rede, wie super man ist. Ich wundere mich, wenn die Zürcher Stadtregierung ihr Licht nicht unter den Scheffel stellt, dass man das als suspekt betrachtet. Ich denke, es ist genau das Gleiche. Ich habe den Eindruck, es wäre fast suspekt, einem Budget zuzustimmen, das von der SVP freudig, ja mit Leidenschaft unterstützt wird. (*Heiterkeit.*)

Wir bedauern die inkonsequente Haltung der FDP. Sie stimmt zwar dem Budget zu, lehnt aber die mit dem Budget verbundenen Zusatzeinnahmen durch eine Erhöhung des Steuerfusses ab. Sie nimmt damit in Kauf, dass neue Sparmassnahmen umgesetzt werden müssen, die der Standortqualität abträglich sind. In ihrer Logik hätte die FDP zusätzliche akzeptable Steuervorschläge vorschlagen müssen, um die entgangenen Einnahmen zu kompensieren. Zudem wird es mit diesem Vorgehen

gänzlich unmöglich, die Progressionsstufe 13 aufzuheben. Für das Volk wäre es jedenfalls nicht nachvollziehbar, die Einnahmen gleichzeitig zweimal zu beeinträchtigen, durch die Belastung des heutigen Steuerfusses einerseits und die Aufhebung der Progressionsstufe 13 andererseits. Unverständlich ist auch, weshalb die FDP im heutigen Zeitpunkt Kürzungen im Steueramt durchgesetzt hat, obwohl sie einer grundsätzlichen Überprüfung dieses Amtes im kommenden Februar zugestimmt hat. Sie nimmt damit das noch gar nicht vorhandene Prüfungsergebnis vorweg. Die FDP toleriert und akzeptiert mit ihrem Verhalten, dass weitere 400 Millionen Franken der Goldreserven für das kommende Jahr verbraucht werden. Auch wenn die Steuereinnahmen dank einer verbesserten Konjunkturlage wahrscheinlich etwas zunehmen werden, wird sich dies betragsmässig auf das nächste und übernächste Jahr kaum gross auswirken. Genau diejenigen also, die mit den Goldreserven Schulden zurückzahlen wollen, sorgen nun dafür, dass diese Goldreserven nur für die kommenden zu grossen Defizite aufgebraucht werden. Diese Haltung ist nicht nachvollziehbar.

Die CVP hätte mit einem Budget 2006, so wie es präsentiert wurde, grundsätzlich leben können. Immerhin hat sie am runden Tisch mitgewirkt, um zu einem solchen Budget zu gelangen. Mittlerweile wurde dieses Budget in einem wichtigen Punkt auf unsinnige Weise gekürzt. Dieser Umstand und die Tatsache, dass ein Einnahmengleichgewicht fehlt, zwingen uns, das Budget abzulehnen. Es ist nicht mehr unser Budget. Die Verantwortung haben jene Kräfte zu übernehmen, die das Gleichgewicht nachhaltig gestört haben. Ich danke Ihnen.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Dieser Kantonsrat hat gegen unseren Willen einem Steuerfuss von 100 Prozent zugestimmt und damit gegenüber dem KEF eine Verschlechterung und höhere Verschuldung in Kauf genommen. Rund 450 Millionen Franken fehlen nun in der Kasse, und das, nachdem wir bereits 1400 Stellen abgebaut und das Personal beim Lohn stark gedrückt haben und nach zwei Sparrunden bereits ein schmerzhafter Leistungsabbau zu verkraften ist. Egal, ob dieses Budget nun angenommen oder abgelehnt wird, der Regierungsrat ist gezwungen, ein weiteres Sparpaket zu schnüren, damit der mittelfristige Finanzausgleich mit Ach und Krach realisiert werden kann. Dies halten wir für verantwortungslos. Der Griff in den Giftschränk wird damit zur Realität, alles andere wäre blauäugig. Wer wie FDP und SVP gegen die

Rückgängigmachung der Steuerfussenkung und eine Korrektur um 5 Prozent gestimmt hat, wusste, was auf uns zukommt. Keiner muss später kommen und sagen, dass er das natürlich nicht gemeint habe und die Regierung wieder exemplarische Opfer auswähle, die nicht notwendig wären. Die Regierung kann gar nicht am richtigen Ort sparen, wenn unsere Sparexperten im Parlament ihr nicht sagen, wo der richtige Ort ist. Abgesehen von untauglichen Pauschalen und hilflosen Kürzungsanträgen tun sie dies aber nicht, weil sie die politische Verantwortung trotz Regierungsbeteiligung nicht übernehmen wollen oder können. Tatsache ist ja, dass die einen dann einen Aufschrei machen werden, wenn beim Strassenbau und der Landwirtschaft gespart werden soll, die anderen tun es dann, wenn im sozialen Bereich, in der Bildung, bei der Gesundheit und der Umwelt gespart wird. Da sind sich alle gleich und vertreten ihre Klientel und ihre Interessen.

Aber wer denkt denn eigentlich ganzheitlich? Ich meine, dass wir mit den Bemühungen am runden Tisch diesem Anspruch sehr nahe gekommen sind, und es ist bedauerlich, dass sich die FDP von der SVP über den Tisch ziehen liess. Sie ist somit zur Komplizin der SVP in Sachen Staatsabbau geworden und hat mit der SVP zusammen das Anrecht auf Schonung ihrer Interessen bei künftigen Kürzungen verwirkt. Eine eigenständige Meinung und ein Umsetzen ihrer früher gemachten Versprechen, die Steuern auch wieder zu korrigieren, wenn es nötig wäre, sind verloren gegangen. Den Worten folgen eben tatsächlich keine Taten und darum glauben wir ihnen auch jetzt nicht, dass sie das später so machen würden. Auch die Glaubwürdigkeit ist verloren gegangen. Mehr als bedenklich ist, wie offen bei Entscheiden über den Steuerfuss und über das Steueramt die Interessen der Reichsten zu Ungunsten der übrigen Bevölkerungskreise vertreten werden. Das ist beschämend und muss von der durchschnittlichen Bürgerin und dem durchschnittlichen Bürger einfach als Tritt in den Allerwertesten empfunden werden.

Aber auch die Glaubwürdigkeit dieses Rates ist in Frage gestellt. Wenn die Regierung mit ihren Anträgen zum Sparen kommt, zum Beispiel Gesundheit und Soziales, wenn es darum geht, Spitäler zu schliessen, die Pflege in der Allgemeinen Abteilung noch stärker zu reduzieren, auf allgemein zugängliche Spitzenmedizin zu verzichten, Krankenkassenbeiträge trotz Volksabstimmung zu kürzen, dann hören wir das Wehklagen: in der Bildung, wenn es darum geht, Klassen zu vergrössern, das Lehrpersonal abzubauen, das neue Volksschulgesetz auf Kosten

der Gemeinden umzusetzen; im Naturschutz, wenn es darum geht, Nachhaltigkeit zu vergessen, Beiträge zu kürzen; bei der Sicherheit, wenn es darum geht, die Kantonspolizei – und damit Sicherheit – abzubauen, Jugend- und Wirtschaftskriminalität nicht mehr genügend zu bekämpfen; beim Personal lineare Lohnkürzungen, kein voller Teuerungsausgleich, Stufenanstiege, Abbau der Stellen, oder im öffentlichen Verkehr, wenn es um einen Leistungsabbau der S-Bahn geht. Und im Strassenbau, beim Baustopp, werden wir die Rechte auch wieder hören. Dann wird die Diskussion wieder losgehen und jede Ratsseite wird der anderen die Schuld zuweisen, wie das exemplarisch bei der Debatte um die Kantonspolizei in diesem Budget der Fall war. Es geht oft nicht mehr um die Sache, sondern nur noch um die Profilierung und am Schluss die Schuldzuweisungen. «Ihr habt nicht zugestimmt und seid gegen uns gewesen» und umgekehrt. Ist das noch sachgerechte, verantwortungsvolle Politik gegenüber der Bevölkerung?

Wir glauben, die Bevölkerung hat bald einmal von uns allen genug. Wir machen eine Politik zu Gunsten der Reichsten und lassen das Personal und die Armen dafür bluten. Wir sind daran, eine Zweiklassengesellschaft zu produzieren, eine Zweiklassenmedizin und wohl bald auch eine Zweiklassenbildung. Die Tendenzen dazu sind offensichtlich. Die EVP wird sich auch in Zukunft mit aller Kraft dagegen wehren. Unsere christliche Ethik und Verantwortung gegenüber den Schwächeren wird solches Handeln niemals tolerieren. Wir wollen den Einwohnerinnen und Einwohnern auch in Zukunft mit gutem Gewissen in die Augen schauen und davon ausgehen, dass wir neben dem Renditedenken auch noch soziale und verantwortungsvolle Politik machen. Die EVP solidarisiert sich in der Zweiklassengesellschaft eindeutig mit der zweiten und nicht mit der ersten Klasse.

Die Vertreterinnen und Vertreter von SVP und FDP haben mit ihrem Entscheid für 100 Steuerprozent eine Entscheid gegen eine effiziente und dringend nötige Sanierung des Finanzhaushaltes beschlossen. Das ist so, solange sie nicht bereit sind, dem Volk auch zu sagen, welche Gesetze aufzuheben und welche Leistungen abzubauen sind. Mit lauwarmer, unverbindlichen und nicht realistischen, das eigene Gewissen beruhigenden Pauschalanträgen zu linearen Kürzungen sanieren sie überhaupt nichts und bringen überhaupt keinen Abbau der Verschuldung und Zinsenlasten zu Stande. Aber – und das ist ebenso schlimm – sie verschlechtern die Standortattraktivität Zürichs, die sie zu fördern vorgeben. Wir alle wissen, dass der Steuerfuss erst an sechster oder

siebter Stelle steht, wenn Firmen ihren Standort auswählen. Sie haben den Steuerfuss vor einigen Jahren gegen unseren Willen um 5 Prozent reduziert. Wo sind denn jetzt all die Firmen geblieben, die sie uns versprochen haben? Wo sind all die guten Steuerzahler geblieben, die sie uns versprochen haben? Wäre das so, wie sie das gesagt haben, so müssten sie die Einnahmenseite tatsächlich aufstocken und sagen «es ist so eingetroffen». Also, ausser guten Wünschen, dass es so kommen wird, haben wir von ihnen nichts gehört und der Run auf Zürich lässt auf sich warten. Aber wir werden in Bereichen wie Sicherheit, Bildung oder Gesundheit weiter abbauen. Man muss also nicht nur von einem Nullsummenspiel, sondern von einem Minusnullsummenspiel ausgehen. Von der rechten Seite des Rates wurde einmal mehr ein Drama nicht nur inszeniert, sondern auch die Regie dazu geführt und die Darstellung realistisch aufgeführt.

Aber Sie haben wohl auch bei der Bevölkerung und beim Personal an Fragwürdigkeit gewonnen und den Anspruch auf Solidarität verloren. Die Bevölkerung wird wohl von solchen Trauerspielen und damit auch von uns genug haben. Die Politik der knappen Mehrheit dieses Rates zum Steuerfuss und zum Voranschlag ist für unsere Zukunft verantwortungslos. Dieses Budget ist nicht unser Budget! In der durch den 100-Prozent-Entscheid besiegelten Zweiklassengesellschaft ist das Budget der ersten Klasse nun verabschiedet. Die EVP solidarisiert sich mit der zweiten Klasse. Wir lehnen dieses Budget einstimmig ab.

Thomas Maier (GLP, Dübendorf): Vor einer Woche habe ich Ihnen an dieser Stelle nach überstandener Budgetdebatte die vorweihnachtliche Stimmung im Kreise der Liebsten, die gemütlich beleuchtete Bahnhofstrasse und den Geruch eines feinen Essens schmackhaft gemacht. Nun, bald ist es so weit. Wir haben die Rechnung bezahlt, das Menu zusammengestellt und müssen nur noch darüber befinden, ob uns das als Ganzes gefällt oder nicht.

Im Verlaufe der Debatte dieses Rates haben wir doch immer wieder darüber gestaunt, wie viel und intensiv über unsere schlechte Wirtschaftslage oder auch über die finanzielle Lage des Kantons von allen Seiten gejammert wird, ausser vielleicht die Finanzdirektion, die mit massiv höheren Staatssteuererträgen auf Grund des Wirtschaftswachstums elegant die prekäre Finanzlage des Kantons lösen möchte. Die Grünliberalen verfolgen zwar mit Besorgnis die Finanzentwicklung und

teilen damit klar die Bedenken über die zukünftige finanzielle Entwicklung unseres Kantons, gerade auch, weil wir unseren Nachkommen keine Schuldenberge hinterlassen wollen. Aber – und dies trotz weniger Optimismus über das zukünftige Wirtschaftswachstum – werden wir im Kanton Zürich noch lange nicht so dramatisch zugrunde gehen, wie gewisse Aussagen schon beim Steuerfuss zusammen mit uns unterlegenen Kollegen in den Medien vermuten lassen. Wir Grünliberalen betrachten dies sachlich. Schauen Sie sich doch einmal um und werfen Sie auch mal einen Blick in benachbarte Kantone oder sogar ins benachbarte Ausland. Wie viele Studien immer wieder beweisen – wir haben es heute auch schon gehört – geht es uns sehr gut. Zentral dabei sind eine hohe Lebensqualität, gute Bildung breiter Bevölkerungsschichten, eine sehr gute und stabile Infrastruktur und auch gesunde Staatsfinanzen.

Dieser Rat hat hauchdünn beschlossen, den Steuerfuss auf 100 Prozent zu belassen. Wir bedauern diesen Entscheid, weil gerade der viel diskutierte staatstragende Mittelstand kaum profitiert, aber mittel- bis langfristig ohne Wirtschaftsaufschwung genau für die oben erwähnten Vorzüge des Kantons Zürich ohne Massnahmen eine Gefährdung in Kauf genommen wird. Die Folgen werden sein, dass der Golderlös noch schneller verpufft, dass Regierungsrat Hans Hollenstein noch schneller griffige Massnahmen vorlegen muss und die vom Golderlös gewährte verbleibende Schuldenfrist wirklich nutzen muss. Ausserdem muss Finanzdirektor Hans Hollenstein unbedingt die strukturelle Besoldungsrevision vornehmen. Hier hätte er die Chance für einen Eintrag in die Geschichtsbücher. Eine echte Besoldungsrevision! Hierzu ist allerdings viel Mut notwendig, Mut, welcher seinem Vorgänger gefehlt hat. Dann wird es auch möglich sein zu sparen und gleichzeitig Geld für Leistungszulagen von guten jungen Staatsangestellten frei zu machen. Wir werden wohl auch um schmerzhaftes Verzichtplanungen nicht herumkommen. Unkonventionelle Lösungen sind anzudenken. Der Regierungsrat darf nicht von einem zu erwartenden Sturm zurückschrecken und bei indifferenten Rasenmäherkürzungen Zuflucht suchen. Dass dies möglich ist und erfolgreich umgesetzt werden kann, hat unsere Regierungsrätin Verena Diener mit ihren zwar schwierigen, aber machbaren Entscheidungen wie zum Beispiel Spitalschliessungen bewiesen. Der Rat hat leider die Möglichkeit nicht genutzt, mit der Unterstützung des grünliberalen Änderungsantrages Prioritäten für die Umsetzung von grossen Bauvorhaben zu setzen. Immer rufen die Poli-

tiker aller Couleur dazu auf, zwischen Notwendigem und Wünschbarem zu unterscheiden. Wenn man die Möglichkeit dazu hat, wird es nicht getan. Wir wollen unseren nachfolgenden Generationen keine Schuldenberge hinterlassen.

Trotzdem: Sachlich-realistisch betrachtet liegt es weder im Interesse von Gewerbe und Wirtschaft noch der Bevölkerung, wenn wir kein Budget verabschieden und in drei oder vier Monaten noch einmal genau die gleichen Diskussionen führen. Auch wenn es nicht unser Budget ist – wir Grünliberalen nehmen unsere Verantwortung gegenüber unserem Staat wahr und stimmen dem Budget in der Schlussabstimmung zu. Danke.

Regierungsrat Hans Hollenstein: Ich werde einleitend kurz die neue finanzielle Situation würdigen und dann zur Festlegung des Vorschlages 2006 sprechen.

Zum Ersten, zur Gesamtwürdigung: Sie haben mit viel Engagement dieses Budget beraten. Dafür danke ich Ihnen. Sie haben den Steuerfuss mit 100 Prozent festgelegt – knapp, aber demokratisch. Die finanzielle Situation für den Regierungsrat wird eben nicht einfacher nach diesem Steuerfussentscheid. Wir werden nächstes Jahr deutlich mehr Defizit ausweisen müssen, wohl rund 401 Millionen Franken. Im Jahr 2007 werden wir neu ebenfalls ein Defizit einfahren, statt schwarze Zahlen zu schreiben. Die Goldreserven werden so deutlich geschmälert. Der Regierungsrat hat sich bereits zum Voraus mit verschiedenen Szenarien beschäftigt. Mit grosser Wahrscheinlichkeit stehen wir vor dem nächsten Sanierungsprogramm. Ich sage aber auch hier deutlich: Der Regierungsrat hat noch kein Sanierungsprogramm beschlossen. Im ersten Quartal des neuen Jahres werden wir eine umfangreiche Lagebeurteilung vornehmen. Wegleitend für ein allfälliges drittes Sanierungsprogramm wird sein, wie die Rechnung des laufenden Jahres abschliessen wird, insbesondere aber, wie die Steuererträge ausfallen werden. Eine grundlegende Frage wird für die Regierung jedoch sein, wie die Neue Finanzausgleichsordnung des Bundes (*NFA*) finanziert werden soll. Ein wichtiger Indikator wird ebenfalls die Wirtschaftsentwicklung sein, ob sie so gut anhalten wird, und vor allem braucht ein allfälliges Sanierungsprogramm eine gesamt-politische Beurteilung.

Ich komme nun zum Zweiten, zur Festlegung des Budgets 2006. Ich habe erwähnt, dass wir in einer heiklen, ja sehr heiklen finanziellen Si-

tuation stehen. Diese sollten wir nicht zusätzlich belasten. Der Regierungsrat beantragt Ihnen daher, das Budget heute festzulegen. Ich habe Verständnis für jene unter Ihnen, die es nicht logisch finden, ein Budget mit 105 Prozent zu planen, aber dann den Steuerfuss nur auf 100 Prozent festzulegen. Ich habe auch Verständnis für jene, die sagen, «Das ist nicht mehr unser Budget». Und trotzdem, bedenken Sie etwas: Kein Budget zu haben, würde unser Verwaltungshandeln sehr erschweren. Die Rechtssicherheit würde leiden, Projekte würden verzögert und das Ansehen des Kantons Zürich ohne genehmigtes Budget würde ebenfalls leiden. In diesem Sinn beantragt Ihnen der Regierungsrat, das Budget festzulegen.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat genehmigt mit 90 : 82 Stimmen den Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2006 gemäss geänderter Ziffer I des Dispositivs mit einem Aufwandüberschuss von 401'464'528 Franken in der Laufenden Rechnung und mit Nettoinvestitionen von 1'025'797'000 Franken in der Investitionsrechnung.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Neujahrswünsche der Regierungspräsidentin

Regierungspräsidentin Dorothee Fierz: Mit der Budgetberatung geht traditionsgemäss ein sehr intensives politisches Jahr zu Ende, so auch heute am 19. Dezember 2005. Kantonsrat und Regierungsrat haben auch dieses Jahr sehr oft gemeinsame, immer wieder aber auch unterschiedliche Ziele verfolgt. Aber wir alle haben immer wieder die Kraft aufgebracht, einmal gefällte Entscheide vollumfänglich zu akzeptieren. Und wir haben auch immer wieder die Kraft aufgebracht, einander eine gegenseitige Wertschätzung entgegenzubringen.

Es ist mir ein Bedürfnis, im Namen des Regierungsrates vor allem Ihnen, geschätzte Kantonsrätinnen und Kantonsräte, für Ihr grosses Engagement ganz herzlich zu danken. Ein ausgesprochener Dank gehört aber auch dem Präsidium, unserem Kantonsratspräsidenten Hans Peter

Frei. Er hat mit viel Humor und einer Souveränität unsere Ratssitzungen geleitet, und das ist wirklich eine hohe Schule, wie Sie das wahrnehmen. Ich danke ihm ganz persönlich von ganzem Herzen.

Ein Dank gehört auch den Parlamentsdiensten, die unsere Arbeit unterstützen. In diesen Dank sind die Kommissionssekretariate mit eingeschlossen, die mit grossem Aufwand unsere Kommissionsarbeit protokollieren – eine nicht immer einfache Arbeit.

Auch die Vertreterinnen und Vertreter der Medien möchte ich nicht vergessen. Sie haben mit ihrer fairen, korrekten Berichterstattung unsere Arbeit das ganze Jahr ganz massiv und gewinnbringend unterstützt.

Möge es uns allen gelingen, über die Festtage etwas Ruhe und Distanz zu gewinnen zu den Alltagsfragen, eine Ruhe und Gelassenheit und vor allem Zeit und Musse für alle Lebensqualitäten, die im politischen und beruflichen Alltag doch sehr oft zu kurz kommen und verdrängt werden. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine ruhige, geruhsame, erholsame Weihnachtszeit, und der Regierungsrat freut sich auf eine gewinnbringende Zusammenarbeit mit Ihnen im Jahr 2006. Ich wünsche Ihnen eine schöne Festtagszeit. (*Applaus.*)

Ratspräsident Hans Peter Frei: Herzlichen Dank, Regierungspräsidentin Dorothee Fierz.

Rücktritt von Adrian Bergmann, Meilen, aus der Kommission zur Prüfung der Rechnung und des Geschäftsberichts der EKZ

Ratssekretär Raphael Golta verliest das Rücktrittsschreiben: «Hiermit erkläre ich meinen Rücktritt auf Ende Dezember 2005 aus der Kommission zur Prüfung der Rechnung und des Geschäftsberichts der EKZ. Nachdem ich kürzlich in die KPB gewählt worden bin, bin ich nun bereit, die EKZ-Kommissionsmitgliedschaft abzugeben.

Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen für die angenehme Zusammenarbeit und wünsche ihnen für die Zukunft alles Gute.

Mit freundlichen Grüssen, Adrian Bergmann.»

Ratspräsident Hans Peter Frei: Ich bitte die Interfraktionelle Konferenz, die Nachfolge zu regeln.

Neujahrswünsche des Ratspräsidenten

Ratspräsident Hans Peter Frei: Ich erlaube mir, nochmals um Ruhe zu bitten. Ich möchte Ihnen auch noch einige Gedanken mit auf den Weg geben.

Ich wünsche dir nicht alle möglichen Gaben,

ich wünsche dir nur, was die meisten nicht haben.

Ich wünsche dir Zeit, dich zu freuen und zu lachen,

wenn du sie nützt, kannst du etwas daraus machen.

Ich wünsche dir Zeit für dein Tun und dein Denken,

nicht nur für dich selbst, sondern auch zum Verschenken.

Ich wünsche dir Zeit nicht zum Hasten und Rennen,

sondern Zeit zum Zufriedensein können.

Ich wünsche dir Zeit nicht nur so zum Vertreiben,

ich wünsche, sie möge dir übrig bleiben

als Zeit für das Staunen und Zeit für Vertrauen,

anstatt nach der Zeit auf der Uhr zu schauen.

Ich wünsche dir Zeit, nach den Sternen zu greifen,

und Zeit, um zu wachsen, das heisst, um zu reifen.

Ich wünsche dir Zeit, neu zu hoffen, zu lieben,

es hat keinen Sinn, diese Zeit zu verschieben.

Ich wünsche dir Zeit, zu dir selber zu finden,

jeden Tag, jede Stunde als Glück zu empfinden.

Ich wünsche dir Zeit, auch um Schuld zu vergeben.

Ich wünsche dir Zeit haben, um zu leben.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien frohe Festtage, gute Gesundheit und viel Glück im Neuen Jahr. (*Applaus.*)

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Steigerung der steuerlichen Attraktivität des Kantons Zürich**
Motion *Claudio Zanetti (SVP, Zollikon)*
- **Durchführung einer kantonalen Lehrstellenkonferenz**
Dringliches Postulat *Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil)*
- **Änderung des Kantonsratsgesetz**
Parlamentarische Initiative *Annelies Schneider-Schatz (SVP, Bäretswil)*
- **Meldung von Ausweisverlusten auch an kommunale Polizeien**
Interpellation *Renate Büchi-Wild (SP, Richterswil)*
- **Verweigerung einer Ausnahmegewilligung für eine augenärztliche Praxis im Säuliamt**
Dringliche Anfrage *Oskar Denzler (FDP, Winterthur)*
- **Filz in der Baudirektion**
Dringliche Anfrage *Claudio Zanetti (SVP, Zollikon)*
- **Betrieb von POLIS in den Gemeinden**
Anfrage *Bruno Walliser (SVP, Volketswil)*
- **Verunstaltungen privater und öffentlicher Gebäude und Anlagen durch Sprayereien («Graffiti»)**
Anfrage *Hans Jörg Fischer (SD, Egg)*
- **Landkauf zum Vorzugspreis in Dällikon**
Anfrage *Thomas Weibel (GLP, Horgen)*
- **Kunst im Ratssaal**
Anfrage *Willy Germann (CVP, Winterthur)*
- **Vernehmlassungsverfahren neues Zeugnis Oberstufe**
Anfrage *Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen)*
- **Hundehalter M.C.**
Anfrage *Christian Mettler (SVP, Zürich)*

Schluss der Sitzung: 17.15 Uhr

Zürich, den 19. Dezember 2005

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 3. April 2006.